ZEITSCHRIFT DER WÄHLERGRUPPE
DIE aNDERE
DEZEMBER 2015

DIE aNDERE

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Der Jahreswechsel steht vor der Tür. Im Herbst wurde die Welt von Bomben erschüttert: in Beirut, in Paris. Deutlich wurde, was Millionen Menschen weltweit zur Flucht treibt. Ein kleiner Teil der Flüchtenden kommt nach Europa, einige hundert auch nach Potsdam.

Die letzte diesjährige Ausgabe der Wählergruppenzeitung beleuchtet, welche stadtpolitischen Entwicklungen der Verwaltung jetzt auf die Füße fallen, wenn es um die Unterbringung von geflüchteten Menschen geht. Ein Dauerknüller für unsere Wählergruppe ist die Auseinandersetzung um die umstrittenen Wiederaufbaupläne der Garnisonkirche. Um (gern) vergessene ideologische Entwicklungen des geistlichen Garnisonkirchenpersonals geht es im Artikel von CARSTEN LINKE. Passend zur Rubrik findet sich dort eine Schilderung der Auseinandersetzung mit der Polizei, die das Max-Dortu-Gedenksteinewerfen auf das Stadtschloss verbieten wollte. Wie es in Potsdam, das sich seiner Toleranz – über die Jahrhunderte hinweg – rühmt, um die Inklusion von Menschen mit Behinderung bestellt ist, beleuchten das Interview mit OLIVER LENZ und der Artikel von POLLY PIEL. Was treibt eigentlich die AfD in der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung? Dieser Frage ging DINA BLOND nach und hat zusammengefasst, was die rechts-alternativen Stadtverordneten umtreibt.

Seit September wird DIE aNDERE von vier neuen Stadtverordneten vertreten: CHRISTINE ANLAUFF, ANJA HEIGL, MAJA KULKE und SANDRO SZILLEWEIT begleiten für ein Jahr kritisch die Stadtpolitik in der SVV und den Ausschüssen.

INHALT

KURZNOTIZEN		04
STADTRÄUME	FLÜCHTLINGE ALS CHANCE FÜR POTSDAMS STADTENTWICKLUNG	08
	KAPITALE RAUMGRENZEN	10
INTERVIEW	MIT OLIVER LENZ: WIR LEBEN DOCH NICHT MEHR 1750	13
STÄDTISCHE BETRIEBE	„LEGITIMATION DURCH BETEILIGUNG“	19
GEDENKKULTUR	DER 09. NOVEMBER – EIN DEUTSCHER GEDENK- UND FEIERTAG	22
	FÜR REPUBLIK UND DEMOKRATIE: MAX-DORTU-GEDENKSTEINEWERFEN AUF DAS STADTSCHLOSS	25
GARNISONKIRCHE	POTSDAMS GOTTESKRIEGER	30
RECHTER RAND	AfD TODAY – FLÜCHTLINGSUNTERBRINGUNG UND KEIN MUT, ZUR EIGENEN IDEOLOGIE ZU STEHEN	36
KLEINE RECHENECKE	WARUM STEIGEN DIE ABFALLGEBÜHREN IN POTSDAM?	40
IMPRESSUM		43

KURZNOTIZEN

Unabhängige Asylverfahrensberatung

In der Potsdamer Außenstelle der *Zentralen Flüchtlingsaufnahmestelle Eisenhüttenstadt* wurde eine unabhängige Asylverfahrensberatungsstelle eingerichtet. Mit Unterstützung des *Beratungsfachdienstes für Migrantinnen und Migranten* (BFM) des *Diakonischen Werkes*, der ehrenamtlichen Helfer*innen aus dem *freiLand* und des Betreibers DRK erhalten Flüchtlinge dort eine frühzeitige Orientierung zum Asylverfahren, zum Dublin-Verfahren und zu den Möglichkeiten des Familiennachzugs. DIE aNDERE hat das Projekt durch Sachspenden und die Anfertigung von Informationsmaterialien unterstützt.

Kein Kurswechsel in Krampnitz

Nach der Suspendierung des Baubeigeordneten **Klipp** führt die Stadtverwaltung Verhandlungen mit der dubiosen *TG Potsdam GmbH* über eine Umsetzung der Entwicklungsmaßnahme Krampnitz. DIE aNDERE beantragt in der SVV, den Oberbürgermeister zu beauftragen, die Gespräche zu beenden und die gesetzlich vorgesehenen Enteignungsverfahren einzuleiten. Wir möchten eine zügige Entwicklung des neuen Wohngebietes. Verzögerungen durch Gerichtsprozesse und langwierige Verhandlungen mit einem undurchsichtigen Firmengeflecht lassen sich vermeiden, wenn die Stadt die Grundstücke selbst entwickelt.

Illegale Garnisonkirchenwerbung in Potsdamer Straßenbahnen

Während des laufenden Bürgerbegehrens zur Auflösung der *Stiftung Garnisonkirche Potsdam* hatte die *Bürgerinitiative für ein Potsdam ohne Garnisonkirche* beim städtischen Verkehrsbetrieb ViP nach den Preisen für die Ausstrahlung eines Spots auf den Bildschirmen der Tram-Züge gefragt. Das Anliegen wurde abgelehnt, weil die ViP ausgeschlossen hat, Spots mit politischen Inhalten zu senden. Erstaunlicherweise wurde in den Potsdamer Straßenbahnen aber kurze Zeit später ein Werbefilm der Initiative *Mitteschön* für den Aufbau der Garnisonkirche gesendet. Erst nach einer Beschwerde stoppte die ViP die Verbreitung des Spots. DIE aNDERE wird weiter nachhaken.

Spenden Tierheim

Nach einem Streit zwischen Tierschutzverein und Stadtverwaltung über die Verwendung von Spendenmitteln für das Tierheim beantragte DIE aNDERE, die Spender*innen anzuschreiben und zu fragen, ob ihre Spende für einen Tierheimneubau oder einen anderen Zweck verwendet werden soll. Im Tierheimrat konnten wir uns dann aber mit der Forderung durchsetzen, die Spendenunterlagen im Archiv zu sichten und die angegebenen Spendenzwecke aufzulisten. Die meisten Spenden gingen ohne ausdrücklichen Vermerk ein. Wo der Verwendungszweck vermerkt war, lautete er „Futterspende“, „Katzen“ oder „Weihnachten Struppi“ (Name von der Redaktion geändert). Dass in keinem Fall „Tierheimneubau“ eingetragen wurde, hat uns etwas überrascht. Wahrscheinlich wurde dieses Anliegen erst aktuell, als das Tierheim im Wildpark von der Schließung bedroht war. Nun wird die SVV zu entscheiden haben, ob die Mittel auf Grundlage einer Förderrichtlinie verteilt werden oder dem Betreiber des nächsten Potsdamer Tierheimes ausgezahlt werden. Natürlich werden wir uns dafür einsetzen, dass die Spenden genau so verwendet werden, wie es die Spender*innen gewünscht haben. Diese spendeten ganz offensichtlich weder für einen Tierheimneubau noch für Katzenkastrationsprogramme – sondern schlicht für den Betrieb eines Tierheimes.

Positionierung zur rechtspopulistischen AfD

Die Fraktion DIE aNDERE hat die anderen Fraktionen der SVV in einem Schreiben aufgefordert, sich klar zur rechtspopulistischen AfD zu positionieren. Dazu zählt für uns auch, keine gemeinsamen Erklärungen, Anträge oder Absprachen mit der AfD zu tätigen. Im Alltag der Sitzungen darf die AfD aus unserer Sicht nicht als normale Fraktion akzeptiert werden, da sie selbst Ideologien der Ungleichwertigkeit von Menschen pflegt.

Abwahl des Baubeigeordneten Klipp

Ein bemerkenswertes Schauspiel bot die *Stadtverordnetenversammlung* bei der Abwahl des Baubeigeordneten **Matthias Klipp**. Mit Stellungnahmen und Gutachten machte der Oberbürgermeister Druck gegen eine geheime Abwahl des in geheimer Wahl ins Amt gekommenen Wahlbeamten. Vermutlich befürchtete der OBM, in der geheimen Abstimmung nicht die nötigen 38 Stimmen für die Abwahl zusammen zu bekommen. Im Kern der Argumentation ging es um die Frage, ob es sich um eine Sachentscheidung oder eine Wahl handelt. DIE aNDERE steht auf dem Standpunkt, dass die Ab-WAHL nicht zufällig so heißt, sondern eine ist. Als sich die Vorsitzende der SVV, **Birgit Müller** (Die Linke), unter Verletzung der Geschäftsordnung weigerte, über diese Auslegungsfrage überhaupt abstimmen zu lassen und unseren Stadtverordneten immer wieder das Wort abschnitt, verließ DIE aNDERE vor der Abstimmungsfarce den Sitzungssaal.

Umzugsaktion sorgt für Aufregung im Stadthaus

Mitte November tauchten überall im Stadtbild Plakate auf, die am 26.11. helfende Hände für einen Umzug der Stadtverwaltung in Leichtbauhallen suchten. Unglaubwürdig war dies schon deshalb, weil im Potsdamer Rathaus niemand auf die Idee käme, das Scheitern der Potsdamer Wohnungspolitik einzugestehen und Konsequenzen zu ziehen. Diese Versäumnisse werden auch weiter alle ausbaden müssen, die finanziell nicht auf Rosen gebettet sind. Eben auch die aus Kriegsgebieten geflüchteten Menschen, die nun in Blechhütten zusammengepfercht werden. Um auf Nummer sicher zu gehen, dass nicht doch die Ausländerbehörde oder die Bußgeldstelle beim Umzugstermin abhanden kommen, warnte das Oberbürgermeisterbüro per Rundmail die Mitarbeiterschaft. Am Umzugstermin waren Fensterplätze im Stadthaus dann begehrt. Es sammelten sich doch 80 Umzugshelfer*innen vor dem Stadthaus. Als der Umzugswagen vorfuhr, packten alle rasch mit an und luden Kisten, Aktenordner und Möbel ein. Später forderten die Umzugshelfer*innen vor dem Landtag eine menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen und bezahlbaren Wohnraum für alle. Wann die Büros in den Leichtbauhallen bezogen werden, berichten wir vielleicht in der nächsten Ausgabe.

(Bilder dazu auf der nächsten Doppelseite)

Das Stadthaus
übernimmt Verant-
wortung und macht
Platz für Geflüchtete.
Umzugshilfe gesucht – Unser Stadthaus zieht um!
Potsdams Wohnpolitik ist gescheitert. Seit Jahren fehlt es an sozialem Wohnraum für Alteingesessene und Neuankömmlinge.
Nicht die Menschen, die aus Krieg und Elend geflohen sind, sollen nun die Konsequenzen der verfehlten Wohnpolitik tragen.
Das Stadthaus zieht ab sofort in bereitgestellte Leichtbauhallen und sucht hierfür ehrenamtliche Umzugshelferinnen und -helfer!
Ihr Engagement beim Umzug stärkt unsere Stadtgemeinschaft und entlastet den Finanzhaushalt.
Machen Sie mit als Umzugshelfer/in und kommen Sie am 26.11.2015 um 15 Uhr in sachgerechtem Blaumann-Anzug zum Stadthaus. Wir zählen auf Sie!
POTSDAM

VERANSTALTUNGEN
potsdamdisplay
Wirtschaftsservice
Potsdam

SCHLUSS MIT DEN
Märchen!
MIETEN
RUNTER
JETZT!
REFUGEES
WELCOME
BRING YOUR FAMILIES

FLÜCHTLINGE ALS CHANCE FÜR POTSDAMS STADTENTWICKLUNG

VON LUTZ BOEDE

Es war fast am Ende der Informationsveranstaltung, in der die Stadtverwaltung der Anwohnerschaft die Planungen zum Flüchtlingsheim in der David-Gilly-Straße vorstellte. Ein Herr mittleren Alters fragte mit Hinweis auf die geplanten Wohnungsbauflächen in der Nachbarschaft, ob denn künftig auch Veranstaltungen geplant sind, in denen man sich informieren kann, ob in die neuen Wohnungen Sachsen oder Schwaben einziehen. Dieser humorvolle Einwurf enthält einiges, worüber es sich nachzudenken lohnt.

Warum eigentlich bricht in Potsdam fast der Ausnahmezustand aus, wenn jährlich 1.000 bis 2.000 Menschen neu nach Potsdam ziehen? In den letzten Jahren ist doch die Einwohner*innenzahl fast regelmäßig um 2.000 oder mehr gewachsen. Die Antwort ist ziemlich einfach und ernüchternd: Potsdam hat in den letzten Jahrzehnten einfach versäumt, preiswerte Wohnungen zu schaffen und die städtische Infrastruktur an die höhere Bevölkerungszahl anzupassen. Stattdessen hat die Rathauskooperation Sonderwünsche und Prestigeprojekte ganz wesentlich durch den Verkauf städtischer Grundstücke finanziert.

Die Hauptprobleme bei der Integration geflüchteter Menschen sind in Potsdam nicht fehlende Sprachkenntnisse oder Arbeitsmöglichkeiten. Die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung ist teilweise beeindruckend. Knackpunkt ist auch für Flüchtlinge das Fehlen bezahlbarer Wohnungen. Obwohl die Stadt Potsdam das Ziel verkündet hat, dass Flüchtlinge nicht länger als zwölf Monate in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht sein sollen, leben dort inzwischen überwiegend Menschen, die eine Auszugserlaubnis erhalten, aber (noch) keine Wohnung gefunden haben. Dies führt wiederum dazu, dass für Flüchtlinge, die aus den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes nach Potsdam verteilt werden, die Unterbringungskapazitäten in den Heimen fehlen.

Das versucht die Stadt dadurch auszugleichen, dass immer neue Standorte für Gemeinschaftsunterkünfte gesucht werden. Der Zeitdruck dafür nimmt mit den wachsenden Flüchtlingszahlen zu. Entsprechend werden die Unterkünfte schlechter und die Kosten klettern rapide. Die Unterbringung in Leichtbauhallen oder Wohncontainern ist inzwischen so teuer, dass die Anmietung von Wohnungen sogar in der Berliner Vorstadt deutlich kostengünstiger ist. Gerade die kurzsichtige Veräußerung kommunaler Grundstücke kommt Potsdam nun teuer zu stehen. Es ist kaum zu begreifen, dass in den letzten Jahren und Monaten noch städtische Schulgebäude und Internate durch die Stadt verkauft wurden. Nun ist man gezwungen, Privateigentümern für die Nutzung ihrer Gebäude üppige Preise zu zahlen, um dort vorübergehend Flüchtlinge einzuquartieren. Unter diesen schwierigen und teilweise selbstverschuldeten Rahmenbedingungen müht sich die Potsdamer Stadtverwaltung allerdings redlich, die Probleme in den Griff zu bekommen.

Erforderlich ist ein radikaler Paradigmenwechsel in der Potsdamer Wohnungspolitik. Die große Zahl von Flüchtlingen, die nach Potsdam zugewiesen werden, ist eine große Chance dafür, dass der längst überfällige Kurswechsel endlich vollzogen wird. Seit Jahren drückt sich die Stadt darum, endlich ausreichend preiswerte Wohnungen zu bauen. Offenbar war es für die Rathauskooperation und ihre Verwaltung kein Problem, dass sich viele Menschen in Potsdam keine Wohnung (mehr) leisten und deshalb nicht nach Potsdam ziehen konnten oder sogar aus der Stadt zogen. Man fühlte sich eben nicht zuständig. Das sieht bei der Unterbringung von Flüchtlingen ganz anders aus. Hier ist die Stadt verpflichtet, jährlich Menschen aufzunehmen, die vom Land nach dem an der Bevölkerungszahl orientierten Schlüssel nach Potsdam zugewiesen werden. Diese Aufnahmeverpflichtung kann der Motor für eine neue Wohnungspolitik der Stadt sein, die uns allen zugutekommt.

DIE aNDERE hat dazu klare Forderungen. Wir fordern den sofortigen Baubeginn für preiswerte Wohnungen. Aber auch für die Übergangszeit bis zur Fertigstellung dieser Wohnungen lehnen wir eine Unterbringung in Blechzelten und Containern ab. Stattdessen sollte die Stadt vorübergehend Gebäude beschlagnahmen, die für eine Unterbringung besser geeignet sind – wie z. B. das Jugendgästehaus Siebenschläfer in Zentrum Ost oder das Haus 33 im Luftschiffhafen. Diese Gebäude werden sonst auch im kommenden Winter leer stehen, während Flüchtlinge in Leichtbauhallen zusammengepfercht leben müssen.

LB

Willkommensarchitektur in Potsdam, Sportplatz an der Sandscholle, Babelsberg, Dezember 2015

KAPITALE RAUMGRENZEN

VON POLLY PIEL

Wenn von Inklusion die Rede ist, denken die meisten Menschen an Rampen für Rollstühle und Schulen, in denen Kinder mit und ohne Behinderungen gemeinsam unterrichtet werden. Dass Inklusion mehr meint, ist weniger bekannt.

Der erste Satz der *UN-Behindertenrechtskonvention* (UN-BRK) benennt das Ziel von Inklusion: *Zweck dieses Übereinkommens ist es, den vollen und gleichberechtigten Genuss aller Menschenrechte und Grundfreiheiten durch alle Menschen mit Behinderungen zu fördern, zu schützen und zu gewährleisten und die Achtung der ihnen innewohnenden Würde zu fördern.* Die UN-BRK formuliert die Ziele und schlägt Maßnahmen vor, die von den Staaten, welche die UN-BRK unterzeichnet haben, umgesetzt werden müssen.

Der Grundgedanke der Inklusion ist, die Gesellschaft so zu gestalten, dass kein Mensch aufgrund einer körperlichen, geistigen oder sozialen Gegebenheit ausgeschlossen wird. Alle Menschen sollen den gleichen Zugang zu Bildung, Informationen, Entscheidungsprozessen, kulturellen und wirtschaftlichen Gütern haben.[1] Dieser Rahmen verlangt natürlich Barrierefreiheit.

In der BRD gilt das Behindertengleichstellungsgesetz, das Behörden des Bundes und der Länder verpflichtet, ihre Einrichtungen und Internetauftritte barrierefrei zu gestalten. Barrierefreiheit bedeutet allerlei: Rampen und Aufzüge, Blindenleitsysteme, akustische Orientierung, leicht entzifferbare Schilder und Wegweiser, Texte in leichter Sprache und bei Internetseiten u. a. Gebärdensprache.

Trotz der Regelungen gibt es – wie sollte es anders sein – gravierende Lücken in den Gesetzen, die umfassende bauliche Barrierefreiheit verhindern. Das Ärztehaus in der Friedrich-Ebert-Straße etwa wurde in diesem Jahr saniert. Jetzt gibt es auf der Hofseite des Hauses einen Aufzug, der allerdings für Rollstühle nicht erreichbar ist. *Wie kommt das?*, fragte DIE aNDERE in der kleinen Anfrage 15/SVV/0518. *„Das Gebäude ist ein eingetragenes Denkmal. Aus diesem Grund war ein Umbau des Eingangs zur barrierefreien Erreichbarkeit des Aufzuges unzulässig.“*, heißt es in der Antwort der Stadtverwaltung.

Das Ärztehaus gehört der *Wohnungsbaugenossenschaft 1903*. In der BRD gibt es kein Gesetz, das es privaten Bauherren unumgänglich auferlegt, barrierefrei zu bauen. Das führt dann zu Ärztehäusern, die man mit Rollstühlen nicht befahren/betreten kann. Genau diese Lücke im Gesetz wird von der BRK-Allianz kritisiert: zum Beispiel ist die Zulassung von Arztpraxen noch immer nicht zwingend an das Kriterium der Barrierefreiheit gebunden.[2]

Ähnlich vertrackt ist die Lage bei der schulischen Inklusion. Die *Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft* (GEW) schätzt, dass der Zwang zur Inklusion an Schulen so gut wie nichts an der Separation behinderter Kinder in Förderschulen geändert hat. Zwar würden die Zahlen der inkludierten Kinder in den Bundesländern steigen, allerdings führt der Sonderpädagoge **Hans Wocken** dies auf einen Etikettenschwindel der Schulen zurück. Kin-

---

1 **Damit ist nicht die Aufhebung von Privateigentum gemeint. Alle Menschen sollen die Möglichkeit haben, eine Arbeit frei zu suchen und anzunehmen. Für Menschen mit Behinderung gilt dasselbe und sie haben Anspruch auf ein Arbeitsumfeld, das „einbeziehend und zugänglich“ für sie ist.**

2 **BRK-Allianz – German CRPD ALLIANCE (Hg.): Antwort der BRK-Allianz zur List of Issues (CRPD/C/DEU/Q/1) in Bezug zum Staatenbericht Deutschlands, http://www.brk-allianz.de/index.php?limitstart=0**

der, die keine Behinderung hätten, würden als „Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf“ klassifiziert. Das schönt einerseits die Quote der inkludierten Kinder, andererseits können Schulen auf diesem Weg zusätzlich Lehrpersonal einstellen.[3]

Inklusion – also die Öffnung gesellschaftlicher Strukturen für Menschen mit Behinderungen oder anderen Handicaps – ist im Kapitalismus ein Widerspruch in sich. Unsere Gesellschaft ist – ebenso wie das hiesige Schulsystem – auf Separation gebaut. Die bürgerliche Gesellschaft benötigt Subjekte, die sich nicht in erster Linie solidarisch, sondern *ich*bezogen verhalten. Das Mantra in Schulen ist: Nur wer gute Noten hat, hat Chancen auf eine gute Ausbildung bzw. Studium, nur wer gute Abschlüsse vorweisen kann, bekommt eine Arbeit, von der sich leben lässt.

In Brandenburg unterscheiden sich die Bildungswege von Kindern spätestens nach der sechsten Klasse. In den meisten anderen Bundesländern bereits nach der vierten. Die Noten entscheiden darüber, wer ein Gymnasium besucht und wer mit der Oberschule vorlieb nehmen muss. Das wiederum entscheidet wesentlich darüber, wer Zugang zu Fachhochschulen oder Universitäten erhält. Als 1945 die Alliierten dieses Schulsystem erblickten, wollten sie es wegen seiner allzu offensichtlichen Ungerechtigkeit abschaffen. Denn es begünstigt Kinder aus wohlhabenden Familien. Leider wurde es nicht abgeschafft und gemeinsames Lernen von Kindern aus allen gesellschaftlichen Schichten findet spätestens nach sechs Jahren ein Ende.

Das Ziel der Inklusion, das darin besteht, dass die Institutionen sich wandeln und für alle Menschen öffnen, ist nicht mit der Aussiebung der Besten und der Separierung des Rests in den jeweiligen Einrichtungen vereinbar. Schulen, deren Bildungsauftrag darin besteht, Kinder für den permanenten Konkurrenzkampf auf dem Arbeitsmarkt fit zu machen, können sich nicht leisten, Kindern aus bildungsfernen Schichten **Hölderlins** Versmaße nahezubringen oder autistischen Kindern beim Schnürsenkelbinden zu helfen. „Inklusion heißt also nicht Anbau an die Regelschule. Sie zielt stattdessen auf einen tiefgreifenden Umbau der Mikro- und Makrostrukturen des Bildungssystems.“[4]

In der BRD bestehen nach wie vor Gesetze, die eine umfassende Umsetzung der Ziele aus der UN-BRK behindern. Eine Schulreform auf Länderebene ist ebenso wenig in Sicht wie die unkomplizierte Auszahlung persönlicher Budgets in unserer Stadt (siehe das Interview mit **Oliver Lenz** auf der nächsten Seite) oder das Hintanstellen denkmalschützerischer Interessen hinter das Recht auf Bewegungsfreiheit aller Menschen.

PP

[3] **E&W – Erziehung und Wissenschaft, Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW, 07-08/2015.**
[4] **http://www.gew.de/fileadmin/media/publikationen/hv/Bildung_und_Politik/Inklusion/Laender-Serie/GEW_EuW-Extra_Laenderserie-Inklusion_2015_web.pdf**

INTERVIEW

WIR LEBEN DOCH NICHT MEHR 1750!

VON VERA DOST

Interview mit Oliver Lenz, September 2015

Oliver Lenz, geb. 1966, leidet an *Multipler Sklerose*. Er sitzt im Rollstuhl und braucht rund um die Uhr Assistenz. Seit 1981 lebt er in Potsdam.

VERA DOST

Herr Lenz, Sie erstreiten sich seit einigen Jahren Ihr persönliches Budget. Ein Blick auf Ihre Homepage zeigt einen ausufernden Schriftwechsel mit der Stadt bzw. dem Sozialgericht. Lesen und bearbeiten Sie alle Briefe, Anträge und Widersprüche selbst? Haben Sie nichts Anderes zu tun?

OLIVER LENZ

Es ist ein eher unfreiwilliges Hobby. Das kann ich niemandem, selbst meinem engagierten Anwalt nicht, zumuten, all das zu lesen. Mein Leben hat mich gelehrt, möglichst alles selbst zu tun. Dadurch habe ich Kontrolle über mein Leben und brauche mich nicht in wichtigen Dingen auf andere zu verlassen. Soweit das überhaupt möglich ist, denn körperlich werde ich immer unselbständiger...

ASSISTENT VON HERRN LENZ

Man kann es auch Teilhabe nennen, statt Kontrolle. Er will wissen, was vor sich geht.

...Es sind ja meine eigenen Sachen und es macht mir Spaß, die eigenen Sachen zu betreiben. Wenn ich das nicht tue, bin ich nicht mehr selbstbestimmt. Es geht um Freiheit, um Autonomie. Dann fühle ich mich auch nicht mehr so in meinem Körper gefangen, wie man annehmen könnte.

Die Fraktion DIE aNDERE stellte eine kleine Anfrage, wie viele Prozesse in Ihrer Angelegenheit geführt wurden und auch, wie viele Sachbearbeiter*innen mit dieser Angelegenheit beschäftigt sind.

Es waren bis heute 13 Verfahren, ein weiteres läuft gerade. Entsprechend ist die Antwort absurd (sie befindet sich auf meiner Homepage unter dem Punkt „Persönliches Budget"). Es werden zu wenige Verfahren aufgezählt. Auch die Frage nach den eingebundenen Mitarbeiter*innen kann nicht stimmen! Wenn ich mir überlege, dass ich seit 2011 um die vierhundert Schriftstücke mit der Stadt gewechselt habe, und pro Schriftstück im Schnitt dort etwa eine halbe Stunde Arbeitszeit benötigt wurde, dann stapelt diese Antwort mehr als tief. Allein bei meinem letzten Termin am Sozialgericht war die Stadt mit sechs Personen vertreten! Wie soll da nur eine einzige Sachbearbeiterin involviert sein? Das ist lachhaft.

Heißt das, die Antwort auf die kleine Anfrage ist gelogen?

Gelogen ist ein zu hartes Wort. Grob fahrlässig die Unwahrheit gesagt. Aus welchen Gründen auch immer. Kosten von 806 Euro sind einfach zu wenig. Ich war so oft vor Gericht: Anwaltskosten von mir tragen sie ja ganz überwiegend auch (es gab nur einen Vergleich) und sie waren beim letzten Gerichtstermin, wie gesagt, zu sechst! Das sind doch hoch bezahlte Beamte! Die kriegen doch mehr als Mindestlohn!

Wieso müssen Sie überhaupt mit der Stadt um Ihr persönliches Budget streiten? Das persönliche Budget wurde doch extra für Menschen in Ihrer Lage von der Bundesregierung entwickelt. Außerdem hat die BRD die UN-Behindertenrechtskonvention unterzeichnet.

Es gibt in Deutschland leider kein Teilhabegesetz. Behinderte Leute wie ich, haben entweder „Glück" und sind „richtig" krank; dann trägt die Krankenkasse die Kosten. Wenn sie aber einfach nur behindert sind und die Kosten für die notwendige Assistenz nicht selber tragen können, müssen sie zum Sozialamt. Gegenwärtig ist das eine Leistung nach dem *XII. Sozialgesetzbuch* (Sozialhilfe). Da werden also zuerst meine Eltern, dann meine Kinder gecheckt, ob sie Geld haben. Die ganze Sippe wird in Haftung genommen für meine Erkrankung! Zum Glück für meine Ex bin ich seit vielen Jahren geschieden … Und letzten Endes ist es eine Verschwendung ohne Ende. Um einen Euro zu erwirtschaften, werden 1.000 Euro ausgegeben. Eigentlich ist es eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für die Bürokratie. Auch mein Aufwand ist enorm, denn ich muss jeden Euro nachweisen, den ich ausgebe. *„Herr Lenz, Sie beziehen Sozialhilfe. Diese ist nicht dazu da, alle Ihre Nachteile auszugleichen, die durch Ihre Behinderung entstehen."* Das habe ich wortwörtlich im Sozialamt von der zuständigen Bearbeiterin gehört.

Wie das? Immerhin geht es bei der UN-Behindertenrechtskonvention doch darum, dass die Menschenrechte von Behinderten besser geschützt werden. Das persönliche Budget soll doch Selbstbestimmung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen.

Sie wissen das; ich weiß das. Aber die Verwaltung der Landeshauptstadt Potsdam offensichtlich nicht. Siehe oben. Dabei können mit Geld eh nicht alle Nachteile ausgeglichen werden. Wollen wir wetten?! Ich möchte Geld für Teilhabe am Leben! Für mich wären damit die Nachteile durchaus genug ausgeglichen.

Im Übrigen bin ich jetzt Arbeitgeber. Ich zahle Mindestlohn. Das Sozialamt zahlt mir das persönliche Budget. Sie sagen, sie rüsten mich für Mindestlohn-Pflege aus. Mehr dürfen sie angeblich nicht zahlen. In München würde das nicht gehen, da würde ich niemanden finden, der für 8,65 Euro arbeiten würde. Eigentlich komme ich nicht zurande. Ich zahle nur 8,50 Euro und mehr als ein Prozent Nachtzuschlag kann ich nicht zahlen. Das sind acht Cent. Witzig, oder? Das ist ungesetzlich! Für mehr reicht das Budget aber nicht. Das Sozialamt kommt seiner Pflicht nicht nach, mich korrekt auszustatten. Laut Gesetz ist das persönliche Budget unstrittig. Auch was meine Wohnsituation angeht, denn es gilt, dass ambulantes Wohnen Vorrang hat vor stationärer Unterbringung. Aber dafür bräuchte ich mehr Geld. Frau **Kitzmann** vom Sozialamt versuchte, mich zu einem Umzug zu bewegen. Lebte ich in einem Heim, fiele das persönliche Budget weg. Das wäre billiger für die Stadt. Denn dann würde die Pflegekasse Sachleistungen in Hohe von 1.995 Euro bezahlen. Das ist deutlich mehr, als mein jetziges Pflegegeld von 728 Euro. Und da ein billiges Pflegeheim bei meiner Pflegestufe III+ ca. 3.200 Euro kostet, müsste die Landeshauptstadt nur die Differenz, also ca. 1.200 Euro tragen. Ich fürchte, das ist die einfache Erklärung für alle meine Probleme mit der Stadt Potsdam. Als ob das Wunsch- und Wahlrecht des Behinderten unter Finanzierungsvorbehalten stehen würde! Hallo?!

Gibt es etwas Potsdamspezifisches am Umgang mit dem persönlichen Budget?

Ja, unbedingt. Vernünftige Behinderte ziehen nach Berlin. Persönliche Budgets werden dort in der Regel unkompliziert bewilligt. Da gibt es eine Handlungsanweisung, den *Leistungskomplex 32*. Hier gibt es diese Handlungsanweisung für die Angestellten in den Ämtern nicht. Potsdam will kein persönliches Budget! Punktum! Ich glaube, das ist diesbezüglich die schlimmste Stadt in Deutschland. In Berlin geht es. In Cottbus geht es. In Hamburg

geht es. Ich weiß zufälligerweise von einem Assistenten, dass es in Leipzig recht unkompliziert geht. Dort verdrehen sie die Augen und fragen: Was ist das Problem hier in Potsdam?! Ich denke, Potsdam leidet unter seiner Geschichte: hunderfünfzig Jahre Beamten- und Soldatenstadt. Diese Geisteshaltung hat den Zweiten Weltkrieg und die DDR überlebt. Es ist nicht rational verstehbar. Ich bin nur noch hier, weil meine Kinder und meine Familie hier leben. Objektiv ist es für mich als Behinderter nicht vernünftig, hier zu leben.

Sie haben in der Vergangenheit zwei schwere Unfälle in öffentlichen Verkehrsmitteln überstanden. Wie ist der Umgang städtischerseits in diesen Fällen?

Die ViP… 2009 bin ich im Bus gestürzt, weil der Busfahrer viel zu rasant fuhr. Dann musste er scharf bremsen und ich kippte um. Rippenbruch, Lungenverletzung, Krankenhaus. Wegen eines anderen Vorfalls habe ich am 09.12. den nächsten Prozess. Diesmal war es so, dass ich nicht aussteigen konnte. Der Straßenbahnfahrer öffnete die Tür einfach nicht. Meine Assistentin lief vor zur Fahrerkabine. Ich stand währenddessen ungesichert an der Tür. Als die Tram plötzlich anfuhr, setzte sich der Rollstuhl in Bewegung, stieß irgendwo an und ich stürzte zu Boden. Entschuldigt hat sich der Fahrer nicht. Was du da erlebst in Bussen und Straßenbahnen, das glaubt kein Mensch! Ich mache nicht einmal den einzelnen Fahrern einen Vorwurf. Die haben es eilig, denn sie brauchen oder wollen an der Endhaltestelle Pause. Das wollen sie dann auf der Strecke aufholen. Aber ich vermisse Empathie im Umgang mit den Fahrgästen. Nie wird mit dem Losfahren gewartet, bis ich sicher stehe. Die ViP müsste notfalls jeden Tag die Fahrer*innen belehren, sorgfältig zu fahren: nicht zu schnell anfahren, vorausschauend und scharfes Bremsen vermeiden, genug Zeit an den Haltestellen, damit alle ein- und aussteigen können … Auch bei dem Rippenbruch ging es mir nicht darum, den Busfahrer zu bestrafen. Es läuft grundsätzlich etwas schief.

Schwenk zur allgemeinen Politik: Dieses Jahr ist „25 Jahre Deutsche Einheit“. Wie bewerten Sie das für sich?

Ich beklage mich nicht über die Einheit. Unterm Strich war sie positiv für mich. Damals war ich nicht behindert. In der DDR hätte ich nicht behindert sein wollen: Grundrente und Pflegeheim hätten mich erwartet. Allerdings hätte sich auch die DDR da sicher entwickelt. Vor 25 Jahren hätte ich aber auch nicht in der BRD behindert sein wollen.

Was interessiert Sie politisch am meisten?

Mich interessiert eigentlich alles. Bei der AfD-Demo gehe ich natürlich zur Gegendemo. Klar! Zur AfD würde ich mich nie gesellen. Irgendwann habe ich deren Plakate gesehen. Dann habe ich einiges gelesen. Ich fand das alles komisch. Habe sie immer in der ganz rechten Ecke verortet. Voreingenommen war ich bestimmt nicht.

Ihre Wohnsituation ist ja ziemlich prekär: Der Eigentümer der Wohnung hat Ihnen wegen Eigenbedarfs gekündigt. Wie ist der aktuelle Stand?

Vor dem Amtsgericht habe ich gesiegt, ich durfte wohnen bleiben. Der Eigentümer ging in Berufung. Das Landgericht hob das Urteil auf. Es schickt mir jetzt einen Gutachter, der soll feststellen, ob ich räumungsfähig bin. Da hatte ich schlaflose Nächte. Mittlerweile ist die

Krankheit deutlich fortgeschritten. Was soll der Gutachter also rauskriegen? Ich wohne hier seit 25 Jahren und bin im sozialen Umfeld fest eingebunden. Meine Familie wohnt hier. Die Wohnung zu verlieren, würde ich nicht überleben.

Erfahren Sie Solidarität aus Ihrem Umfeld in dieser Situation?

Ja. Und es ist angenehm. Es hilft sehr. Es ist nicht so, dass es ohne sie nicht ginge. Aber es freut das Herz. Zu meinem Solidaritätskonzert am 06.06.2015 kamen über hundert Menschen. Ganz allgemein sind die Leute freundlicher, als man denkt. Ein Beispiel: Als ich noch mit Rollator unterwegs war: Wer sah, dass ich ein ernsthaftes Problem hatte, zerriss sich fast, mir zu helfen. Wenn meine Assistentin heute fragt, ob jemand beim Rollstuhl mit anfassen kann – immer! Außer, die Leute haben Rückenprobleme. Dafür entschuldigen sie sich dann auch noch. Es macht halt mehr Spaß zu helfen, als Hilfe anzunehmen.

Plakatmotiv: Soli-Konzert für Oliver Lenz im Juni 2015

Sie interessieren sich für Geschichte – warum?

Den Finger in der Wunde lassen, das ist mir wichtig. Als ich in den 80er Jahren lernte, hatte ich einen Kollegen, der sang stehend an der Maschine Arbeiterkampflieder. Das fand ich damals in der DDR schräg und lustig. Das habe ich mir bis heute gemerkt. Dann kam die Wende. Jetzt halten wir die Erinnerung hoch. Der Kapitalismus ist scheiße, er geht über Leichen. Mir fällt allerdings nicht wirklich ein, was das heutige System ersetzen könnte. Bisher waren die Alternativen nicht besser.

Was machen Sie besonders gern?

Go spielen. Singen. Büroarbeiten. Die erledige ich gern, einerseits, weil ich es kann, andererseits dank meines Widerspruchsgeistes. Meine Kinder machen mir Spaß. Zwei sind schon erwachsen. Ich hatte wirklich viel Glück im Leben.

Noch einmal zurück zur Inklusion. Wenn man die Ziele der Inklusion liest, ist das wie eine Aufforderung zur Revolution: Alle sollen einbezogen werden, niemand soll aufgrund irgendwelcher Gegebenheiten nicht mitmachen können; die gesamte Gesellschaft ist so zu gestalten, dass alle Zugang zu allem haben.

Ja, meinetwegen kann man das so sehen. Die Gesellschaft muss jedes Subjekt als Mitglied anerkennen und mit Respekt behandeln. Hier wird zu viel separiert. Das ist sehr deutsch. Inklusion ist halt nicht sehr deutsch. Es ist aber das einzige, was denkbar und sinnvoll ist. Inklusion ist gut für alle!

Die BRD wurde für die mangelhafte Umsetzung der UN-BRK von der EU gerügt.

Ja, soweit habe ich das auch gehört. Was ich aber erlebe, ist mein eigenes persönliches Budget, und das funktioniert – zumindest in Potsdam – nicht. Die Verwaltung will die UN-BRK nicht zur Kenntnis nehmen. Sie haben Angst um ihr Geld. Sie wollen sparen. Allerdings gelingt das nicht. Die denken betriebswirtschaftlich. Da ist es teuer, persönliches Budget zu zahlen. Sie denken nicht volkswirtschaftlich. Da würde es sich lohnen. Dass Kunden im Sozialamt oder im Jobcenter durchdrehen, kann ich mittlerweile gut verstehen. Es ist ein Anrennen gegen Mauern, nur für Dinge, die mir zustehen. Ich habe mir doch die UN-BRK nicht ausgedacht und dass Deutschland das unterzeichnet. Mir einen Vorwurf daraus zu machen, dass ich mich an die Spielregeln halte, die ich mir nicht ausgedacht habe, ist doch absurd. Ich verstehe aber alle Leute, die keine Lust mehr haben zu kämpfen. Das kann ich sehr gut nachvollziehen. Zwar kämpfe ich für mich allein, aber wahrscheinlich nutzt das anderen. Ich bin doch nicht der einzige Behinderte in Potsdam. Meine Alternative ist das Pflegeheim, z.B. auf Hermannswerder. Da will ich nicht enden! In der MS-Ambulanz im St. Josefs traf ich einmal zwei MS-Patienten aus Hermannswerder. Die saßen mitten am Tag noch auf ihren Hebetüchern[5] in den Rollstühlen, weil sich niemand die Zeit nimmt, es zu entfernen. Ich will nicht den ganzen Tag auf dem Hebetuch sitzen. Ich finde das menschenunwürdig.

Wie gestaltet sich der Umgang mit Ihren Kindern?

Die jüngeren kommen jede Woche zu mir. Das war bisher nie ein Problem. Je größer sie sind, umso einfacher wird es. Sie haben kein Problem mit meiner Behinderung. Was sie vorfinden, ist für sie die Normalität. Ich habe mich ja auch über viele Jahre daran gewöhnt. Dafür hatte ich Zeit. Woran ich mich nicht gewöhnen könnte, weiß ich nicht. Bisher ging es immer. Wichtig ist mir nur eines: Selbstbestimmung.

Potsdam ist berühmt für sein UNESCO-Welterbe, die Parks und deren Umgebung. Sie wohnen hier nah am Park Sanssouci. Beeinflusst der Denkmalschutz Ihre Bewegungsfreiheit?

Auf den Denkmalschutz bin ich schlecht zu sprechen. Historisches Pflaster! Für Rollstühle ein Graus! Da ist es sogar schwierig, mit Schiebeperson darauf zu fahren. Wieso geht es nicht, wenigstens eine schmale Spur für Rollstuhlfahrer zu verlegen? Wir leben doch nicht mehr 1750! Die Zeit ist doch weitergegangen. Um hier klarzukommen, braucht man einen guten Rollstuhl. Dieses Pflaster schafft nicht jedes Fabrikat.

Der Weg zur Inklusion ist lang und steinig.
Vielen Dank für dieses Gespräch!

VD

[5] Hebetücher sind Hilfsmittel, um Menschen umzusetzen: also von einem Platz in den oder aus dem Rollstuhl zu heben. Für gewöhnlich wird das Hebetuch entfernt, wenn es nicht mehr gebraucht wird.

STÄDTISCHE BETRIEBE

„LEGITIMATION DURCH BETEILIGUNG“

VON VERA DOST

Die Rekommunalisierung von Betrieben und Unternehmen, die sich der öffentlichen Daseinsvorsorge widmen, macht nicht nur in Berlin Schule. Städtische Betriebe können durch die Einbeziehung von Bürger*innen in die Unternehmenspolitik zu mehr Zufriedenheit in den Kommunen beitragen.

Ein Lesetipp für all jene, deren Herzen für Transparenz bei und Beteiligung in städtischen Unternehmen schlägt.

Carsten Herzberg, Experte für Bürgerbeteiligung am Berliner *nexus – Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung* und ehemaliges Mitglied des Stadtwerke-Aufsichtsrates für DIE aNDERE, hat ein Buch über Bürgerbeteiligung in öffentlichen Unternehmen geschrieben. Am Beispiel von Stadt- und Wasserwerken weist er nach, dass durch die Einbeziehung von Bürger*innen eine neue Legitimation der Unternehmen entstehen kann. Diese Legitimation wird als eine zusätzliche Akzeptanz bezeichnet, da sich öffentliche Unternehmen normalerweise durch ihre Preise und Leistungen legitimieren oder aber durch ihren politischen Auftrag. Allerdings, und das haben wir in Potsdam besonders deutlich zu spüren bekommen, können öffentliche Unternehmen auch zu einer Blackbox werden. Abgeschottet hinter den verschlossenen Türen eines Aufsichtsrates und unter Verweis auf die Verschwiegenheitspflicht des GmbH-Rechts werden Anfragen von Bürger*innen, aber auch kritischer Oppositionsparteien, abgewiesen. Und so wundert es nicht, dass Potsdam eines der Fallbeispiele in **Herzbergs** Buch ist.

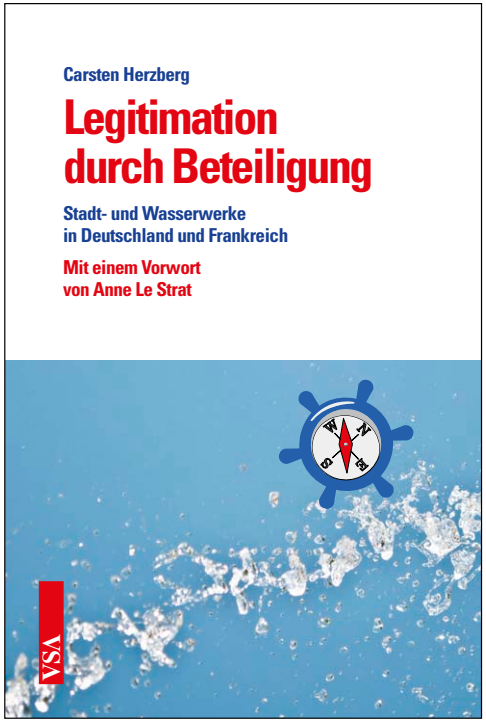
Aus dem Potsdamer Beispiel wird der Idealtyp des Bürgermeistermodells abgeleitet, der für ein Modell der abgeschotteten Eliten steht. Aber es geht auch anders. Dem Bürgermeistermodell stehen zwei Alternativen gegenüber, die ebenfalls aus Praxisbeispielen abgeleitet sind. Zum einen gibt es einen Idealtyp, der sich an die repräsentative Demokratie anlehnt. In ihm sind nicht nur die großen Parteien, sondern *alle* Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung im Aufsichtsrat vertreten. Wir können bei **Herzberg** lesen, dass sich die *Potsdamer Stadtwerke* nach dem **Paffhausen**-Skandal diesem Modell angenähert haben. Immerhin wurde der Aufsichtsrat vergrößert, wenn auch nicht alle politischen Kräfte darin vertreten sind. Seitdem fehlt es an einer grundlegenden Kritik an den Stadtwerken. **Herzberg** nimmt das als einen Beleg dafür, dass hier ein demokratischer Mehrwert wirksam wird. Allerdings hat die Wählergruppe DIE aNDERE noch vor ein paar Jahren selbst ein Konzept für einen partizipativen Eigenbetrieb entworfen. Damals wurde dieser Entwurf vom Stadtwerke-Chef **Paffhausen** als *„vollkommen unrealistisch“* beteichnet. **Herzberg** widerlegt dies am Beispiel der Pariser Wasserbetriebe. In Paris sind soziale Bewegungen und Umweltvereine im Kontrollgremium des Unternehmens vertreten. Außerdem gibt es ein Observatorium, eine Art Beirat, in dem über strategische Fragen öffentlich diskutiert wird. Dieser Beirat ist jedoch kein zahnloser Tiger. **Herzberg** hat dessen Arbeit untersucht. Er war für einen Monat in Paris, um Interviews mit beteiligten Akteur*innen zu führen.

Die Pariser Wasserbetriebe stehen also für das dritte Modell, das **Herzberg** als partizipatives Unternehmen bezeichnet. Möglich wurde es in der französischen Hauptstadt durch eine Politikerin, **Anne Le Strat**, die er in seinem Buch als **Che Guevara** der öffentlichen Wasserwirtschaft bezeichnet. **Le Strat**, die das Vorwort zu dem Buch geschrieben hat, hat die beiden weltweit führenden Wasserunternehmen, *Veolia* und *Suez*, aus Paris vertrieben und die Wasserbetriebe nicht nur rekommunalisiert, sondern an die Stelle ein Unternehmen gesetzt, in dem Bürger*innen bzw. organisierte Gruppen über eine reale Entscheidungsmacht verfügen.

Das Buch *Legitimation durch Beteiligung* will mit den drei Modellen – dem Bürgermeistermodell, dem kommunikativen Dienstleister und dem partizipativen Unternehmen – einen Kompass für Diskussionen über Rekommunalisierungen bzw. zur Umgestaltung öffentlicher Unternehmen zur Verfügung stellen. Es umfasst 172 Seiten und ist in fünf Teile untergliedert. Im ersten wird in die Rechtsform und Autonomisierung öffentlicher Unternehmen eingeführt. Das zweite beschäftigt sich mit dem Theorieansatz einer verfahrensbezogenen Legitimation. Kapitel drei und vier bilden den Schwerpunkt, hier wird anhand der Fallstudien Norderstedt, Potsdam, Berlin, Münster und Paris ein Nachweis für einen demokratischen Mehrwert erbracht. Das fünfte Kapitel stellt die Typologie der drei Modelle vor und setzt sich kritisch mit der *Corporate-Governance-Debatte* auseinander, welche bislang für Transparenz in öffentlichen Unternehmen sorgen soll.

Das Buch ist verständlich geschrieben, richtet sich jedoch an ein Publikum, das bereits lokalpolitisch engagiert ist, sei es als Stadtverordnete*r oder in sozialen Bewegungen im Wasser- oder Energiebereich. **Herzberg** versucht hier sowohl Wissenschaftler*innen als auch die interessierte Öffentlichkeit als Lesende zu gewinnen, was ihm – insbesondere durch die spannenden Fallbeschreibungen wie in Potsdam und Paris – gelungen ist.

VD



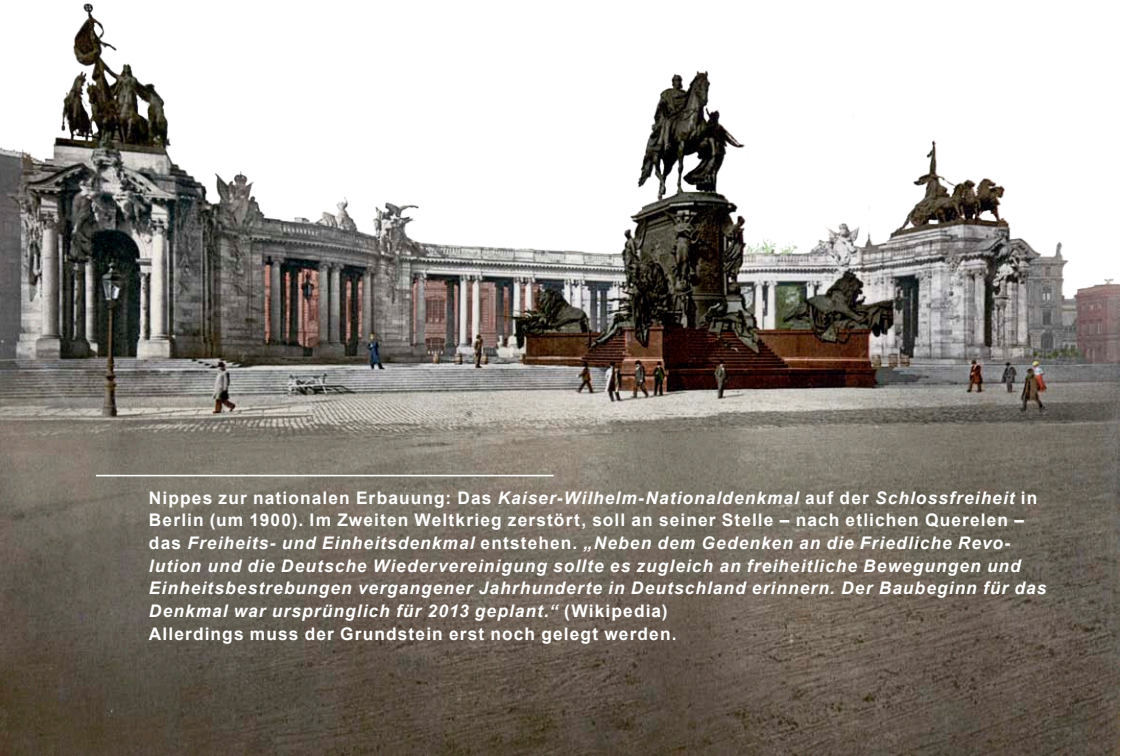
Carsten Herzberg (2015): Legitimation durch Beteiligung. Stadt- und Wasserwerke in Deutschland und Frankreich. Mit einem Vorwort von Anne Le Strat, Hamburg, VSA, 172 Seiten

GEDENKKULTUR

DER 09. NOVEMBER – EIN DEUTSCHER GEDENK- UND FEIERTAG

VON CARSTEN LINKE

Dieser Tage wurde vielerorts am 09. November der Pogromnacht von 1938 und dem Mauerfall von 1989 gedacht. Zwei wichtige Ereignisse in der deutschen Geschichte. Aber nicht die einzigen beiden geschichtsträchtigen Aktionen. Der 09. November ist beladen wie kaum ein anderer Tag. Aber Nationalfeiertag ist der 03. Oktober.



Nippes zur nationalen Erbauung: Das *Kaiser-Wilhelm-Nationaldenkmal* auf der *Schlossfreiheit* in Berlin (um 1900). Im Zweiten Weltkrieg zerstört, soll an seiner Stelle – nach etlichen Querelen – das *Freiheits- und Einheitsdenkmal* entstehen. *„Neben dem Gedenken an die Friedliche Revolution und die Deutsche Wiedervereinigung sollte es zugleich an freiheitliche Bewegungen und Einheitsbestrebungen vergangener Jahrhunderte in Deutschland erinnern. Der Baubeginn für das Denkmal war ursprünglich für 2013 geplant.“* (Wikipedia)
Allerdings muss der Grundstein erst noch gelegt werden.

Mit dem Einigungsvertrag wurde nicht nur der 03. Oktober zum Feiertag erklärt, sondern auch die deutsche Einheit als das wichtigste Ereignis der deutschen Geschichte stilisiert. Die Gründe der Teilung wurden somit verdrängt. Es wurde aber auch ein geschichtsloser Tag gewählt. Die Gründe sind rein kalkulatorisch. Einerseits sollte vermieden werden, dass die DDR noch einmal Geburtstag feiern kann, andererseits legten sich die Verhandlungspartner in Ost und West schon kurz nach der Währungsunion im Sommer 1990 auf diverse Wahltermine fest. So sollten am 02.12.1990 die ersten gesamtdeutschen Wahlen stattfinden. Die diesbezüglichen Wählerlisten waren gemäß geltendem Wahlrecht spätestens acht Wochen vor der Wahl zu erstellen. Dieser Termin war Sonntag, der 07.10.1990. Außerdem musste der 02.10. abgewartet werden. An dem Tag fand die KSZE-Außenministerkonferenz statt, auf der die Außenminister über den Inhalt des *Zwei-plus-Vier-Vertrags* (der Vertrag, der nicht Friedensvertrag heißen durfte) informiert werden sollten. Das Zeitfenster war also sehr klein. Die Volkskammer beschloss in der Nacht vom 22./23.08. die Drucksache 201. Demnach wurde die DDR zum 03.10.1990 aufgelöst, da sie an diesem Tage zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes beitrat.

Eine wirkliche Vereinigung hätte anders ausgesehen. Zum Beispiel eine neue Verfassung, eine neue Hymne, und eine Diskussion um einen nationalen Gedenktag. Doch zu all diesen Themen wurde die Debatte seitens des Westens früher oder später unterdrückt. Der 09. November wäre beispielsweise ein solcher Tag, der sich für einen Gedenk- und Feiertag angeboten bzw. fast schon aufgedrängt hätte. Doch dieser Tag hätte auch einer ernsthaften Diskussion der eigenen Geschichte bedurft. Eine Auseinandersetzung mit zahlreichen Ereignissen, die gern auch verdrängt werden.

1918

Beginnen wir mit dem 09.11.1918. An diesem Tag endete die Monarchie in Deutschland. Für eine Bundesrepublik mit einer parlamentarischen Demokratie eigentlich kein schlechtes Datum zum Feiern. Was war passiert? Kurzfassung: Beginnend mit dem Kieler Matrosenaufstand führte die Novemberrevolution zum Sturz der Monarchie im Deutschen Reich und zu dessen Umwandlung in eine parlamentarische Demokratie, die Weimarer Republik. Für den 09.11. waren ein Generalstreik und Massendemonstrationen angesagt. Der SPD-Vorsitzende **Philipp Scheidemann** erfuhr gegen Mittag des Tages, dass **Karl Liebknecht** die Ausrufung der sozialistischen Republik plante. Den Spartakisten wollte **Scheidemann** zuvorkommen und verkündete vom Westbalkon des Reichstagsgebäudes *„Der Kaiser hat abgedankt. Er und seine Freunde sind verschwunden, über sie alle hat das Volk auf der ganzen Linie gesiegt… Es lebe das Neue. Es lebe die deutsche Republik!“*

Fast zeitgleich rief **Liebknecht** im Berliner Lustgarten die sozialistische Republik aus. Noch am gleichen Tag formierte sich ein Revolutionsparlament aus den gewählten Vertrauensleuten (revolutionäre Obleute) verschiedener Industriebetriebe. Nicht der schlechteste Tag in der deutschen demokratischen Geschichte, wenn man von der Rolle **Eberts** und der SPD mal absieht. Die Weimarer Republik war geboren, doch die politische Linke zerstritten. Die Weimarer Zeit endete mit der Ernennung **Hitlers** am 30.01.1933 zum Reichskanzler.

1923 ff.

Mit **Hitler** ist aber schon die Nacht 08./09.11.1923 verbunden, das Datum des **Hitler-Ludendorff**-Putsches. Nach der Machtergreifung durch die *Nationalsozialisten* machte **Adolf Hitler** die Feldherrnhalle in München zu einer Propagandastätte und ließ dort jedes Jahr am 09. November an seinen gescheiterten Putsch erinnern. Am 09.11.1925 ordnete **Hitler** auf dem NSDAP-Parteitag die Umbenennung seiner Schlägertrupps in „Schutzstaffel (SS)“ an. Genau ein Jahr später betraute er diese SS mit der Betreuung der „Blutfahne“. Bereits zwei Jahre vor der Pogromnacht (am 09.11.1936) entfernten in Leipzig die *Nationalsozialisten* das Denkmal des jüdischen Komponisten **Felix Mendelssohn Bartholdy** vor dem Gewandhaus.

Geschichte! Nicht Schicksal

Viele Ereignisse, die auf den 09. November fallen, sind politische Wendepunkte der deutschen Geschichte und hatten internationale Auswirkungen. Herausragen werden immer die Jahrestage des Mauerfalls 1989, des Beginns der Novemberpogrome 1938, des **Hitler-Ludendorff**-Putsches 1923 und der Novemberrevolution 1918. Es sind die Schlaglichter der historisch-politischen Auseinandersetzung mit der Geschichte Deutschlands, insbesondere derjenigen des 20. Jahrhunderts. Aber schon der 09.11.1848 ist in diesem Kontext erwähnenswert. An dem Tag wurde der linksliberale Parlamentsabgeordnete der Frankfurter Nationalversammlung **Robert Blum** hingerichtet. Dies galt als offene Kampfansage gegen das erste demokratisch gewählte gesamtdeutsche Parlament. Die Hinrichtung **Blums** markiert einen entscheidenden Wendepunkt bezüglich der Deutschen Revolution von 1848/49. Am 09.11.1848 besetzten aber auch konterrevolutionäre Truppen Berlin, woraufhin **Max Dortu** am 12.11. durch revolutionäre Ansprachen Arbeiter in Potsdam und Babelsberg im bekanntem Maße aktivierte (z.B. Sabotageakte an Gleisen zur Verhinderung weiterer Truppenverlegung; Steinewerfen auf das Potsdamer Stadtschloss). Es folgten Steckbrief, Flucht und Hinrichtung. Er starb für die Republik und die Freiheit.

Der verkrampfte Umgang mit dem Gedenken an **Max Dortu** in der Stadt Potsdam in den vergangenen Jahren hat viel gemein mit dem Gedenken der Deutschen bezüglich ihrer Geschichte insgesamt und besonders in Bezug auf den 09. November. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde von verschiedenen Historikern und Journalisten für dieses Tagesdatum der Ausdruck Schicksalstag geprägt. Das klingt, als wären die Deutschen gar nicht beteiligt gewesen, an den Ereignissen. Es klingt wie etwas, was über uns hereingebrochen ist. Die deutsche Variante von *„nine-eleven“*. Nein – es ist unsere Geschichte. Wir sollten uns ihrer bewusst sein und der traurigen, teils grauenvollen Ereignisse gedenken und die positiven, demokratischen Elemente feiern.

CL

GEDENKKULTUR

FÜR REPUBLIK UND DEMOKRATIE: MAX-DORTU-GEDENKSTEINWERFEN AUF DAS STADTSCHLOSS

VON LUTZ BOEDE

Irgendwann 2014 kam beim Treffen der Wählergruppe die Idee auf, an den Potsdamer Demokraten und Revolutionär MAXIMILIAN DORTU mal in anderer Weise zu erinnern, als mit der jährlichen Niederlegung von Blumen und Kränzen an seinem Geburts- oder Todestag. Wir suchten nach anderen historischen Daten in seiner Biographie und stießen dabei auf den 12.11.1848.

Barrikadenkämpfe in Berlin 1848
Bild von Hans Mocznay, 1959

Foto: Christel Köster / MAZ ►

Ab dem 10.11.1848 marschierten preußische Truppen unter General **Wrangel** gegen das revolutionäre Berlin, über das der Ausnahmezustand verhängt war. **Max Dortu** und andere rissen daher am 12.11. die Bahngleise zwischen Potsdam und Nowawes heraus und kappten die Telegraphenleitungen nach Berlin. Damit wollten sie verhindern, dass in Potsdam stationierte Gardetruppen nach Berlin verlegt und dort gegen die aufständischen Demokraten eingesetzt werden. Das muss sich etwa auf Höhe der heutigen MAZ-Pyramide abgespielt haben. Am Abend des 12.11.1848 zog dann eine Menschenmenge mit **Max Dortu** vor das verhasste Stadtschloss. Dort forderten sie die Freilassung von in den Arrestzellen der Torhäuser am Fortunaportal Inhaftierten. Sie riefen Parolen gegen die Monarchie und für demokratische Rechte und warfen Steine auf das Stadtschloss.

Die Episode am Stadtschloss gefiel uns. Wenn die Kulisse des alten Schlosses nun schon wieder aufgebaut wurde, wollen wir wenigstens das Beste daraus machen und sie demokratisch nutzen. Schnell wurde das **Max-Dortu**-Gedenksteine-Werfen (Attrappe gegen Attrappe) ordnungsgemäß bei der polizeilichen Versammlungsbehörde angemeldet. Am Tage vor der Veranstaltung kam Post von der Polizei. Darin hieß es *„1.) Das Werfen von Gegenständen jeglicher Art an das Landtagsgebäude (Stadtschloss) in Potsdam sowie auch das Werfen in Richtung des Landtagsgebäudes wird untersagt“.* Die Polizei begründete dies mit drohenden Gebäudeschäden und dem Hausrecht der Landtagspräsidentin. Dabei wollten wir doch nur an und nicht in die Schlossattrappe werfen. Auch sonst sparte die Polizei nicht mit drolligen Ausführungen zu Tradition und Demokratie.

Wir verständigten uns schnell, die Gedenkveranstaltung nicht in der Polizeiversion durchzuführen, sondern die Angelegenheit bis 2015 gerichtlich zu klären. Wo kommen wir denn hin, wenn die Polizei auf der Basis von Versammlungsanmeldungen völlig neue eigene Veranstaltungen entwickelt?

(11.11.2014) Lutz Boede - Antw: Versammlungsbestätigung für den 12.11.2014 in

Von: Lutz Boede
An: PDWest Kuster, Andre
Betreff: Antw: Versammlungsbestätigung für den 12.11.2014 in Potsdam

Sehr geehrter Herr Kuster,

mit Ihrem Auflagenbescheid haben Sie unsere Veranstaltung praktisch verboten. Der Hinweis in dem Bescheid, dass ich mitteilen möge, falls die Veranstaltung abgesagt wird, zeigt, dass Ihnen dies bewusst ist.

Ich muss Ihnen leider mitteilen, dass unsere Wählergruppe DIE aNDERE als Veranstalter und ich als Versammlungsleiter nur für Veranstaltungen zur Verfügung stehen, die wir selbst konzipiert haben.

Falls die Polizei selbst aktiv Demonstrationsabläufe inhaltlich mitgestalten möchte, bitten wir Sie, von der Umfunktionierung unserer Veranstaltungen Abstand zu nehmen und statt dessen eigene Veranstaltungen anzumelden.

Wir werden gegen Ihr Quasi-Verbot den Rechtsweg beschreiten und kündigen schon jetzt an, das Max-Dortu-Gedenksteinwerfen am 12.11.2015 dann umso prächtiger am Alten Markt aufzuführen.

Mit freundlichen Grüßen

In den nächsten Monaten bereiteten wir alles vor. Bereits im August 2015 meldeten wir das **Max-Dortu**-Gedenksteinewerfen für den 12.11.2015 erneut an. Diesmal forderten wir die Polizei auf, Auflagen so zeitig mitzuteilen, dass eine rechtliche Klärung noch möglich ist. Außerdem schrieben wir noch die Landtagspräsidentin **Britta Stark** an und baten um Unterstützung für unser demokratisches Gedenken an **Max Dortu**.

Eigentlich hatte ich nach dem Anmeldergespräch Ende September bei der Polizei eher den Eindruck, dass es diesmal keine Probleme geben würde. Einige Tage später kam dann ein so genannter Versammlungsbescheid mit der Auflage *„1.) Das im Verlauf der Versammlung beabsichtigte Werfen von Styropor-Pflastersteinen auf das Landtagsgebäude oder in dessen Richtung ist nicht gestattet.“* Offenbar hat sich noch nicht bis nach Brandenburg herumgesprochen, dass Versammlungen gar nicht gestattet werden müssen, aber verboten werden können.

Bei der Begründung der Auflage lief der Sachbearbeiter dann zur Hochform auf. Der Schriftwechsel wird ganz sicher einen würdigen Ausstellungsplatz finden, wenn der *Aktionskreis Senior*innen der Wählergruppe DIE aNDERE* sich einmal der Aufgabe widmen wird, ein Museum zur Potsdamer Demokratiegeschichte einzurichten. Diesmal befürchtete die Polizei nicht nur Gebäudeschäden, sondern auch Gefahren für Leib und Leben. *„Auch die Styroporpflastersteine können Personen, die sich im Wurfbereich als Versammlungsteilnehmer oder Passanten befinden, verletzen, wenn Sie [putziger Fehler im Original] mit ausreichender Kraft geworfen werfen und die betroffene Person im Bereich des Kopfes treffen.“* Ferner nahm die Polizei an, dass die Veranstaltung von Trittbrettfahrern genutzt werden könnte, um echte Steine zu schmeißen. Allerdings hielt die Behörde gleichzeitig nicht einmal die angemeldeten 20 Ordner*innen für erforderlich, sondern ließ nur acht zu. Zum Beweis der Gefährdung wurde noch ein PNN-Artikel vom 17.09.2015 angeführt, der berichtet, dass „Potsdams linke Szene“ unzufrieden mit der Flüchtlingspolitik ist und „Taten folgen lassen“ will. Abgerundet wurde das Ganze durch ein paar Sätze zur Würde des Landtages.

Wir legten Widerspruch ein und setzten der Polizei eine Frist zur Aufhebung der Auflage. Als die Frist verstrich, beantragten wir beim Verwaltungsgericht, die aufschiebende Wirkung unseres Widerspruches wiederherzustellen. Die Antragserwiderung der Polizei übertraf an Phantasie, Absurdität und Humor den gesamten bisherigen Schriftwechsel bei weitem. Bei der Argumentation ging die Behörde neue gewagte Wege. Nun ging plötzlich von einem Styroporstein keine Gefahr für Gebäude und Personen mehr aus, obwohl dies ja noch 2014 als Verbotsgrund herhalten musste. *„Zweifelsfrei geht die Gefahr nicht von dem körperlichen Gegenstand des Styroporsteins selbst aus, sondern von dem für den Betrachter entstehenden Bild.“* Was damit gemeint ist, soll hier für die Nachwelt erhalten werden: Seite **28**

Leider ist aus dem Verwaltungsgericht nur das blanke Urteil überliefert. Die drei Richterinnen der 3. Kammer gaben unserem Antrag statt, weil sich die Auflage *„nach summarischer Prüfung als offensichtlich rechtswidrig erweist.“* Der Beschluss wurde vor allem damit begründet, dass für die polizeilichen Befürchtungen jeglicher konkrete Anhaltspunkt fehlte.

Selbst das Werfen von Pflastersteinen aus Styropor kann in den dunklen Abendstunden eines Novembertages bei einem flüchtigen Blick „falsch" interpretiert werden und so einen „Solidarisierungseffekt" bei zunächst unbeteiligten Dritten mit einer Nachahmungswirkung auslösen, den sowohl der Antragsteller als auch die Polizei in seiner konkreten Gestalt nicht vorhersagen können.

Dies gilt insbesondere angesichts der derzeit angespannten Lage durch die Ängste und Befürchtungen in der Bevölkerung sowohl bei Asylbefürwortern als auch Asylgegnern. Dabei ist es nicht von der Hand zu weisen, dass das Landtagsgebäude als Symbol für den Staat und damit als Angriffsobjekt dient, wie das Geschehen vom 20.10.2015 belegt.

Das „Gedenksteinewerfen" könnte ein „Dammbruch" sein, der die Gewalt nicht nur gegen den Landtag entfesselt. Neben den sodann vor Ort befindlichen und zum Einschreiten gezwungenen Polizisten müssten auch Passanten oder friedliche Versammlungsteilnehmer um ihre körperliche Unversehrtheit fürchten. Die zu erwartenden materiellen Schäden am Landtagsgebäude selbst treten dabei fast in den Hintergrund.

Am 10.11.2015 ging uns die Entscheidung des Gerichtes zu. Nun blieb nicht mehr viel Zeit, eine würdige Gedenkveranstaltung auf die Beine zu stellen. Am 12.11.2015 war es dann soweit: Eine revolutionäre Menschenmenge füllte ab 18 Uhr den Platz vor dem Fortunaportal. Wer noch nicht hinreichend historisch kostümiert war, konnte an unserer Garderobe Kleidung, schwarz-rot-goldenes Zubehör oder Tipps bekommen. Über die Lautsprecher erklangen zwischen Informationen über die Situation 1848 in Berlin und Potsdam Volkslieder wie „Oh König von Preußen", „Die freie Republik", das „Badische Wiegenlied" oder der Klassiker aus der Vormärz-Epoche „Trotz alledem". Als besonders beliebt erwiesen sich das „Bürgerlied" und das „Heckerlied". Als die ersten Kinder munter „Schmiert die Guillotine mit Tyrannenfett" mitsangen, schien die Menge reif für ihre historische Mission zu sein. Die Munitionsausgabestelle öffnete und teilte an Groß und Klein Fackeln und Steinrationen aus.

Ob die zahlreich anwesenden Polizisten selbst nicht an die Gefahrenprognose ihrer Brandenburger Versammlungsbehörde glaubten oder ob sie sich wegen befürchteter Ausschreitungen lieber in sicherer Entfernung hielten, wissen wir nicht. Aber wir fanden es angenehm, dass das historische Bild nicht durch moderne Autos oder Uniformen gestört wurde. Die Bühne war also optimal präpariert für das als Improvisationstheater nachgespielte Szene vom 12.11.1848. Nach einigen Ausrufen „Es lebe die Freiheit" und Sprechchören „Nieder mit der Monarchie" entlud sich endlich der Zorn der Menge in einem minutenlangen Styroporsteinhagel auf das verhasste Stadtschloss.

Der Sprecher führte noch weiter durch den kurzen Lebensweg **Max Dortus**: Aufgrund der Ereignisse am 12.11.1848 wurde **Dortu** mit Haftbefehl gesucht und floh über Belgien und Frankreich nach Karlsruhe. Dort schloss er sich der Badischen Revolutionsarmee an. Am 31.07.1949 wurde **Max Dortu** in Freiburg von einem preußischen Erschießungskommando standrechtlich erschossen. DIE aNDERE u.a. erinnern jährlich am Geburtshaus **Dortus** in Potsdam an das kurze Leben des Potsdamer Revolutionärs und an seine Ermordung durch das preußische Militär.

Wir sind sicher, dass auch das Gedenksteinewerfen dazu beitragen wird, dass dieser Teil der Potsdamer Stadtgeschichte nicht in Vergessenheit gerät. Vielleicht erinnert sich bei der Zweitauflage 2016 ja auch die Landtagspräsidentin daran, dass weder die Demokratie noch das, was in Brandenburgs Schlossattrappe davon übrig geblieben ist, ein Geschenk preußischer Könige war.

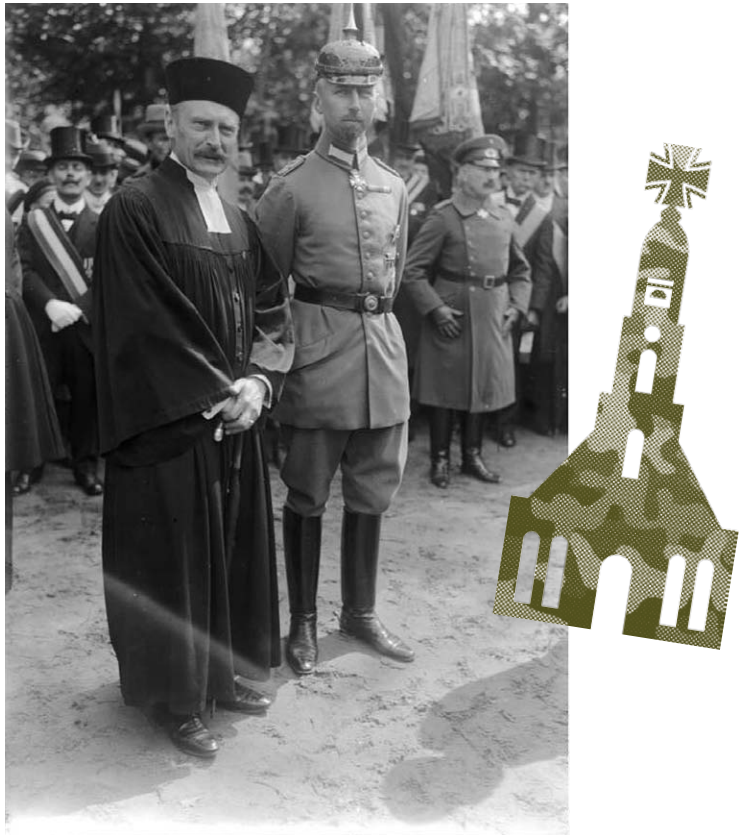
LB

Foto:
Christel Köster / MAZ

POTSDAMS GOTTESKRIEGER

VON CARSTEN LINKE

Eine Rückschau auf die Potsdamer Garnisonkirche und ihre „Hassprediger“ im Kaiserreich und im Ersten Weltkrieg



Hofprediger Johannes Vogel mit Oskar Prinz von Preußen (1923): *„militaristisch, antisemitisch, antibolschewistisch“*

Auf einer sehr gut besuchten und hochkarätig besetzten Veranstaltung der Initiative *Christen brauchen keine Garnisonkirche* zum Reformationstag 2015 gab der Theologe und Sozialwissenschaftler Prof. Dr. **Klaus Ahlheim** einen beeindruckenden Einblick in den gezielten Missbrauch von Sprache zur Verschleierung von Absichten und zur gezielten Verunglimpfung von politischen Gegnern. Als ein Beispiel führte er den Bundespräsidenten an, der Ende Januar 2014 bei der Eröffnung der Münchener Sicherheitskonferenz sagte, Deutschland müsse sich *„früher, entschiedener und substantieller einbringen … (sowie)… sich der Welt zuwenden.“* Was deutsche Zuwendung zur Welt bedeuten kann, haben wir in zwei Weltkriegen und zahlreichen Auslandseinsätzen (beginnend unter Rot-Grün 1998 im Kosovo) erlebt.

Der Berliner Historiker Dr. Reiner Zilkenat arbeitete auf der Veranstaltung heraus, dass *„in der Garnisonkirche bis in den Ersten Weltkrieg hinein die in den Krieg hinausziehenden Soldaten gesegnet und ihnen versichert wurde, auf den Schlachtfeldern als Krieger Gottes zu agieren.“* Und deshalb stieß auch er an sprachliche Grenzen und führte weiter aus: *„Nationalismus und Militarismus waren die Ingredienzien der hier* (in der Garnisonkirche, Anm. CL) *gehaltenen Ansprachen, für die, ich wiederhole es, der Begriff Predigt nicht passend erscheinen will.“*

„Ihr seid die Pioniere des gekreuzigten Heilands! Darum Hand an das Schwert!“ stammt nicht etwa aus dem Mittelalter, den Kreuzzügen gegen Jerusalem, sondern vom Juli 1900. Die aufbrechenden Soldaten, die den Boxeraufstand in China niederschlagen sollten, wurden in der Garnisonkirche auf ihren Einsatz vom Prediger **Johannes Kessler** eingeschworen.[6] Die Soldaten wurden zu Gotteskriegern stilisiert. Ähnlich wie beim Hof- und Dompredigers **Bruno Doehring**. Er predigte in Berlin zu Beginn des Ersten Weltkrieges: *„Ja, wenn wir nicht das Recht und das gute Gewissen auf unserer Seite hätten, wenn wir nicht – ich möchte fast sagen handgreiflich – die Nähe Gottes empfänden, der unsere Fahnen entrollt und unserm Kaiser das Schwert zum Kreuzzug, zum heiligen Krieg in die Hand drückt, dann müssten wir zittern und zagen.“*[7]

Im Folgenden stelle ich einige Predigten der Garnisons- und Hofprediger **Bernhard Rogge**, **Walter Richter** und **Johannes Kessler** vor. Dies ist mir nur dank der Arbeit des Historikers **Reiner Zilkenat** möglich. Doch im Gegensatz zu ihm möchte ich nicht diese Predigten als Ansprachen reduzieren, sondern als das wirken lassen, was sie waren: Geistliche Werke, die zu Feindschaft und Hass aufstachelten oder sogar direkt zu Gewalttaten aufriefen und dabei in ihren Reden aufwiegelnde und hetzerische Rhetorik benutzten. Die so etwas tun, werden heute als Hassprediger bezeichnet (siehe *Wikipedia*). Ein Aufschrei würde durch die abendländische Gesellschaft gehen, wenn in einer Moschee die Worte erklängen: *„Ihr seid die Streiter Gottes, die nicht ruhen dürfen, bis sein heiliges Wort für alle gilt“* (O-Ton **Kessler**) oder *„Gott, ziehe mit den Kriegern, segne ihre Waffen zur völligen Überwindung Andersgläubiger“* (in Anlehnung an **Rogge**).

6 Potsdamer Intelligenz-Blatt, Nr. 173, 26.07.1900, 1. Beilage. S. 1: Potsdams Scheidegruß dem ostasiatischen Reiter-Regiment

7 Abgedruckt und kommentiert bei Hans-Joachim Schwager: 1789 – 1813 – 1914 – 1939. In: Korrespondenzblatt Evangelischer Schulen und Heime, 2, März/April 1989, Bielefeld 1989, S. 29 – 33. Hervorhebung: C.L.

Beispiel 1

Johannes Kessler – Juli 1900 / Ort: Garnisonkirche (Einschwören von Soldaten vor Kriegseinsatz):

„Seid ihr bereit zum Kampfe und bereit, gegebenenfalls auch zum Sterben? Ihr sollt der starke Arm sein, der das Gericht über die Mörder verhängt. Ihr sollt die gepanzerte Faust sein, die hinein fährt unter die Meuchelmörder. Der tausendjährige Kampf zwischen Morgen- und Abendland ist wieder ausgebrochen, es gilt nicht nur die Glieder der Kultur, sondern auch den europäischen Handel, die Fahne, die über unseren Kolonien schwebt, zu schützen! Völker Europas, wahret die heiligen Güter. Ihr seid aber auch die Streiter Gottes, die nicht ruhen dürfen, bis sein heiliges Wort für alle gilt. Nicht Friede darf werden auf Erden, bis das heilige Evangelium der Glaube aller Völker ist. Ihr seid die Pioniere des gekreuzigten Heilands! Darum Hand an das Schwert! … Es schaut auf euch der heilige Gott.“ Das klingt nach heiligem Krieg. Und die obligatorische Belohnung wurde auch versprochen: *„Seid männlich und stark, wenn es hinein geht in die Schlacht. Seid männlich und stark, wenn die Kugeln um euch sausen, und seid männlich und stark, wenn der Tod einst naht, denn ihr werdet dann die Krone des Lebens empfangen.“* [8]

Beispiel 2

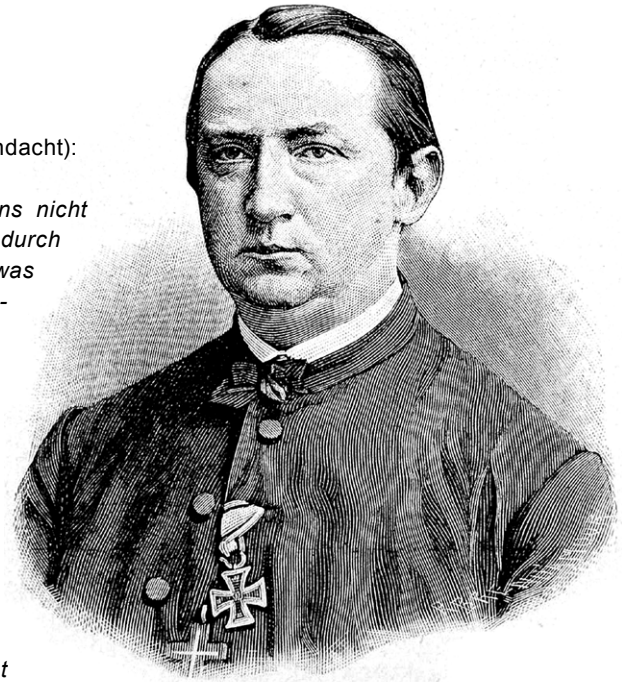
Bernhard Rogge – 18.01.1871 / Ort: Versailles (Gründung des deutschen Reiches):

Rogge stellte seine Predigt unter das Motto *„Der Herr hat Großes an uns getan, da sind wir fröhlich“* und interpretierte die Reichsgründung als göttlichen Plan zugunsten des Hauses Hohenzollern: *„Wir sehen das Deutsche Reich wieder auferstehen in alter Herrlichkeit, ja in einer Macht und Größe, die es nie zuvor besessen hat, sehen dem Deutschen Reiche seinen Kaiser wiedergegeben und dürfen als solches einen König begrüßen, dessen greises Haar mit frischen Lorbeerkränzen geschmückt ist, in denen wir ruhmvolle Zeiten der deutschen Vergangenheit erneuert, ja übertroffen sehen.“* [9] **Rogge** endet mit den Worten: *„Allmächtiger, barmherziger Gott, Herr der Heerscharen! Ziehe ferner in Gnaden aus mit den deutschen Heeren und segne ihre Waffen zur völligen Überwindung des Feindes.“* [10]

Im deutschnationalen Pathos standen diese Hof- und Garnisonprediger späteren Diktatoren oder anderen Hetzern in nichts nach. Bereits sie stilisierten die Deutschen als das von Gott auserwählte Volk, welches seine Männer in den Krieg schickt, um Heil über die Welt zu bringen. Auf einen solchen geistigen Nährboden ließen sich später gut Herrengeist und Herrenrasse begründen.

8 Potsdamer Intelligenz-Blatt, a. a. O.
9 Bernhard Rogge: Bei der Garde. Erlebnisse und Eindrücke aus dem Kriegsjahre 1870/71, Hannover 1895, S. 123
10 Ebenda, S. 124

Beispiel 3


Hofprediger Dr. Rogge.

Bernhard Rogge – 26.12.1914 / Ort: Garnisonkirche (Weihnachtsandacht):

„Aber den Glauben wollen wir uns nicht nehmen lassen, dass Gott auch durch die Schrecken dieses Krieges etwas Besonderes aus unserem Volk machen will, dass unserem deutschen Volke Aufgaben gestellt sind, die kein anderes wie das unsere zu erfüllen berufen ist, und dass, wenn Gott in einem Kriege, den wir nicht gesucht und gewollt haben, uns in solch einen Kampf stellt, wie wir ihn täglich erleben, und wenn er ihm verleiht, solche Taten zu vollbringen, wie unsere Heere und die mit uns Verbündeten sie vollbracht haben, er mit solch einem Volke noch besondere Dinge vorhaben muss.“ [11] Das deutsche Volk sei *„Segen für die Welt, ein Träger und Bringer echter, christlicher und zugleich echt menschlicher Kultur“*, es sei *„ein Salz der Erde, ein Licht für die Welt“*. [12]

Beispiel 4

Walter Richter – 10.11.1913 / Ort: Langer Stall (Stätte zur Vereidigung der Rekruten):

„Was kümmern uns die Hügel unserer Leichen – das ist der Herrengeist, vor dem endlich der Herrengeist eines Napoleon, der nichts kennt als das eigene Ich, den Rücken kehren muss. … Der Sieg ist grün, das Glück ist neu – o unsere Lust und Wonne, der deutsche Adler fliegt frei im Licht der eigenen Sonne. Auch die alten Raben um Barbarossas Kyffhäuser mussten vor diesem Adlerflug zur Sonne in ihre Schlupfwinkel flüchten. Zurück, zurück mein Volk in diesen Opfergeist, wenn du vorwärts willst – und du stehst nicht am Ende, sondern am Anfang deiner Weltensaat.“ Und weiter zum Fahneneid *„Dem Gott nach, der uns in Christo heute, gestern und in Ewigkeit derselbe treue blieb. Das liegt in deinem Eide, der dich für die Zukunft, für die Ewigkeit bindet. … Adlerflug vorwärts! Über*

11 Bernhard Rogge: Lasset uns gehen gen Bethlehem. Weihnachtspredigt, 26.12.1914 in der Potsdamer Garnisonkirche, in: Bruno Doehring (Hrsg.): Eine feste Burg. Predigten und Reden aus eherner Zeit, II. Bd., Berlin 1915, S. 177
12 Ebenda, S. 178

alles Faule und Unsichere und Gemeine hinaus, so will ich mich als unverzagter, ehr- und die Pflicht liebender Soldat … in und außer Dienst beweisen bis ans Ende. Adleraugen für die Mächte, die uns unser Volk vorwärts bringen können in der alten Treue; Adlerkrallen aber gegen die Todfeinde, die uns unser kostbares Erbe, deutsche Zucht und Sitte, Ehre und Frömmigkeit rauben wollen." [13]

Die geistige – nicht geistliche – Haltung **Richters** spiegelt wider, welche Aufgaben die Militärpfarrer in Preußen, besonders in Potsdam, der Heimstätte der 1. Garde-Division, zu erfüllen hatten. Alle diese Reden sind Beispiel für die Entfremdung vom christlichen Glauben und der zeitgleichen Kumpanei zwischen Kirche und Krone. Die Militärseelsorger waren weniger Geistliche, sie wirkten als Offiziere. Bei Analyse der Lebensläufe der Garnisons- und Hofprediger wird auch deutlich, dass diese räumlich, familiär oder eng freundschaftlich mit dem Kaiser, den Preußenkönigen und der Hohenzollernfamilie verbunden waren und letztendlich nur durch die Gunst des Königs im Amt waren. **Rogge** wurde 1862 Garnisonspfarrer und war der Schwiegersohn des Feldpropstes **Thielen** und Schwager des Kriegsministers **von Roon**. **Rogge** verkehrte mit der Familie des Prinzen **Friedrich Carl**. **Kessler** wurde 1893 Garnisonsprediger und zusätzlich 1898 Hofprediger. Zuvor wirkte er als Prinzenerzieher im Hofstaat **Wilhelms II**.

Beiden Predigern folgte der bisher nicht erwähnte Geistliche **Johannes Vogel**, der im Februar 1912 an die Garnisonkirche berufen wurde und den Titel Hofprediger verliehen bekam. **Vogel** war, nachdem er 1918 auch zum evangelischen Geistlichen im kaiserlichen Großen Hauptquartier aufstieg, unter anderem für die Fluchtplanungen von **Wilhelm II** zuständig. **Vogel** galt politisch als *„militaristisch, antisemitisch, antibolschewistisch"* [14] und starb im Februar 1933 an einem Herzschlag, nachdem er einen Kindergottesdienst wegen eines Schwächeanfalls hatte abbrechen müssen. Zuvor wirkte er aktiv für die Wiederherstellung der Hohenzollern-Monarchie und an der Zerstörung der Weimarer Republik mit. Zu seinen Verbündeten zählte die Garde-Kavallerie-Schützen-Division in Berlin, die verantwortlich ist für die Ermordung von **Karl Liebknecht** und **Rosa Luxemburg** (15.01.1919). Verbrieft sind Dankschreiben des Kommandeurs des Ost-Bataillons dieser Division Major Freiherr **von Autenried** vom 28.03.1919 an **Vogel** für dessen *„von Herzen gekommene und zu Herzen gegangene Predigt"* [15] anlässlich der Gedenkfeier „zu Ehren der Gefallenen der Division" bei den Märzkämpfen in Berlin-Lichtenberg. **Vogel** wurde später Seelsorger an der Friedenskirche und traute seinen im holländischen Exil lebenden Kaiser am 05.11.1922 kirchlich.

13 Hofprediger Richter: Zum Fahneneid. Ansprache bei der Rekruten-Vereidigung im Langen Stall am 10.11.1913, in: Domstiftsarchiv Brandenburg (Havel), Pfarrarchiv der Garnisonkirche Potsdam, Po-G 82/208, S. 5

14 Beschreibung gemäß der Charakterisierung von Vogels Grundhaltung im Erläuterungskommentar bei: Peter Schweinhardt/Internationale Hanns-Eisler-Gesellschaft (Hrsg.): Höllenangst. Musik zur Posse mit Gesang von Johann Nepomuk Nestroy in der Textfassung des Theaters in der Scala, Wien 1948 (entspricht: Hanns Eisler. Gesamtausgabe, Serie 5 (Bühnenmusik), Bd. 5) Wiesbaden 2006, Anmerkung 95

15 Brief von Major Freiherr von Autenried, Palast-Hotel Berlin, 28.03.1919 (wahrscheinlich an Pfarrer Johannes Vogel), in: Domstiftarchiv Brandenburg (Havel), Pfarrarchiv der Garnisonkirche Potsdam, Po-G 82/213, unvoll

Im *Ruf aus Potsdam* zur Errichtung der Kirchenkopie steht: *„Der befreiende Ruf des Evangeliums soll von hier wieder erschallen."* [16] Angesichts der o. g. Beispiele muss das wie Hohn für wirkliche Christen klingen. Die Hass- und Hofprediger der Garnisonkirche sind nur eine Facette deutschnationalen Größenwahns und symptomatisch für den Missbrauch kirchlicher Macht zu Gunsten weltlicher – königlich-kaiserlicher – Interessen. Die Garnisonkirche ist ein Gedenkort des Versagens und kann als neu errichtete Kopie kein Ort der Versöhnung sein. Es ist ohnehin unklar, mit wem sich dieses Projekt versöhnen will. Mit den ehemaligen Kriegsgegnern Frankreich, England, USA? Allesamt heute Partner Deutschlands. Oder mit dem frisch restaurierten Feindbild Russland? Oder eine Versöhnung mit den Völkern, die es *„zu überwinden"* galt? Mit den Juden der Welt, oder den Sinti und Roma? Deren Heimatländer durch diese Bundesregierung gleich mal als sichere Herkunftsländer eingestuft wurden, damit die dort unterdrückten Sinti und Roma hier nicht als Asylsuchende anerkannt werden müssen? Oder geht es nicht, wie so oft in den letzten Jahren, darum, dass Deutschland sich mit seiner eigenen Geschichte versöhnt – sprich: diese ausblendet. Versöhnen statt Erinnern! Davor hat Prof. **Ahlheim** auch gewarnt, nachdem er die offiziellen Papiere der Garnisonkirchenfans analysierte.

Beim *Ruf aus Potsdam* wird die zerstörte Garnisonkirche als Opfer stilisiert und in keiner Weise reflektiert, dass die in ihr Wirkenden und die von ihr ausgehende Wirkung ein Teil der Ursache für die Zerstörung Europas in zwei Kriegen waren. Nicht die Garnisonkirche wurde am *Tag von Potsdam* (21.03.1933) missbraucht, sondern die Verantwortlichen in und um diese Kirche haben den christlichen Glauben und die ihnen anvertrauten Soldaten über Jahrzehnte missbraucht und am geistig-moralischen Grundgerüst für eine nationalsozialistische Diktatur mitgewirkt.

Franz von Papen schrieb in seinen Erinnerungen, dass **Hitler** nicht am Gottesdienst in der Potsdamer Garnisonkirche teilnehmen wollte. Er überredete ihn mit den Worten *„In den Tagen deutscher Könige waren Parlamentseröffnungen stets mit einer religiösen Feier verbunden. Zu diesem guten Brauch zurückzukehren und zugleich einen Ort zu wählen, der des verewigten Großen Königs letzte Reste barg und ein Symbol preußischer Tugend war, schien mir gerade im Blick auf den materialistischen Charakter der NS-Bewegung begrüßenswert."* [17] Der Gottesdienst am *Tag von Potsdam* überzeugte laut von **Papen** jene, deren *„nationales Empfinden durch fünfzehn Jahre beleidigt worden war."* Das war gelebte Versöhnung für die deutschnationalen Kräfte! Versöhnung à la Garnisonkirche.

Der *Tag von Potsdam*, ein Tag der Versöhnung für die revanchistischen Kräfte, die unter Beschwörung ihres Herrengeistes und ihrer vermeintlichen Tugenden wie *„Pflichterfüllung, Selbstlosigkeit, Treue und christlichen Glauben"* [18] fast 20 Jahre zuvor mit dem Ersten Weltkrieg ihre Großmachtsucht stillten und rund 17 Mio. Menschleben opferten.

C L

16 Fördergesellschaft für den Wiederaufbau der Garnisonkirche Potsdam e. V., Potsdam, Villa Arnim, den 15.01.2004. Hervorhebung: C.L.

17 Franz von Papen: Der Wahrheit eine Gasse, München 1952, S. 306

18 Ebenda

AfD TODAY – FLÜCHTLINGSUNTER-BRINGUNG UND KEIN MUT, ZUR EIGENEN IDEOLOGIE ZU STEHEN

VON DINA BLOND

Wer dachte, die reiche BRD könne sich dauerhaft vor Einwanderung schützen und die Auseinandersetzung mit Menschen, die ihre Länder verlassen, an den Rand der EU delegieren, wurde dieser Wochen eines Besseren belehrt: Die Anzahl der Menschen, die weltweit auf der Flucht vor Katastrophen aller Arten sind, liegt nach Schätzungen des UNHCR bei etwa 60 Millionen. Nicht alle davon überschreiten Grenzen, einige Millionen Menschen fliehen innerhalb ihres eigenen Landes, aktuell z.B. innerhalb der Ukraine vor den Bürgerkriegshandlungen und deren Folgen. Jedoch ist Binnenflucht keine Option in Syrien und natürlich werden nicht nur Landes-, sondern auch kontinentale Grenzen überwunden beim Versuch, Terrorismus, Bürgerkrieg, Hunger, Diskriminierung und religiösem Wahnsinn zu entkommen.

Jetzt muss auch die Bundesrepublik Deutschland Menschen aufnehmen, mit denen aufgrund der Verträge von Dublin keiner gerechnet hat. Die Reaktion der Bundesregierung war klassisch: Lange Zeit wurden die Fluchtgründe bestimmter Gruppen bestritten. Im Fall der Sinti und Roma aus den Balkanstaaten wird behauptet, sie wären in ihren Herkunftsländern keiner Diskriminierung ausgesetzt und Staaten wie Bosnien, Serbien und Rumänien zu sicheren Drittstaaten erklärt. Im Fall Syriens hat sich das selbst in der BRD niemand getraut. Ein paar Wochen lang konnten Menschen aus Syrien vergleichsweise ungehindert einreisen und hier Anträge auf Asyl stellen. Das Dublin-Verfahren wurde zwischen September und Oktober kurzzeitig ausgesetzt und im ganzen Land kamen Züge mit Geflüchteten. Während einerseits viele Menschen Spenden sammeln, in Erstaufnahmeeinrichtungen helfen und Deutsch unterrichten, werden andererseits fast täglich Flüchtlingsunterkünfte bedroht, angezündet oder die Zugänge blockiert. Die parlamentarische Vertretung des rechten Brandenburger Rands – die AfD – lobt die Abschottung Ungarns durch Grenzzäune, denn aus ihrer Sicht *„sollte [diesen Menschen] die Einreise nach Europa von vornherein verwehrt werden“*.[19]

Die AfD-Fraktion in der Potsdamer SVV lud alle Fraktionen ein, sich gemeinsam ein Bild von den Zuständen in der Flüchtlingsunterkunft in der Heinrich-Mann-Allee zu machen. Danach folgten kleine Anfragen, wie hoch die Kapazitäten zur Flüchtlingsunterbringung in Potsdam seien und ob der Oberbürgermeister sich weigern wird, ab einem bestimmten Punkt noch mehr Flüchtlinge aufzunehmen. Oder wer mit dem Bau der Flüchtlingsunterkünfte betraut wird, da diese ja *„eine bedeutende finanzielle Einnahmequelle“*[20] seien. Außerdem wollte die AfD-Fraktion genau wissen, aus welchen Ländern die Geflüchteten kommen und wie hoch der Sachschaden sei, der durch unversicherte Flüchtlinge bisher entstand.[21]

Den Fraktionsvorsitzenden **Dennis Hohloch** treibt scheinbar die Angst um. Besonders fürchtet er sich davor, dass die Stadt Wohnungen einfach beschlagnahmen könnte, um Flüchtlinge unterzubringen.[22] Wahrscheinlich befürchtet **Hohloch**, dass jeden Moment ein roter Kommissar um die Ecke biegt, die Kalaschnikow zückt und sagt: *„Guten Tag, ich bin gekommen, um sie zu enteignen!“* Weit weg ist indes der Sozialdemokrat **Jakobs** von solchen Überlegungen. Bevor in dieser Stadt auch nur eine einzige Wohnung beschlagnahmt und vorübergehend zur Unterbringung von Flüchtlingen genutzt wird, werden verdammt viele Tausend Euro verschleudert, um Menschen in besseren Zelten, die unökologisch mit Heißluftgebläsen beheizt werden, auf Sportplätzen einzuquartieren. Der ganz normale Wahnsinn in Potsdam besteht darin, eben nicht richtige Häuser herzurichten oder zu bauen, sondern auf Provisorien auszuweichen. Etabliertenvorrechte – also das Wohnen in Wohnungen – bleiben in erster Linie Menschen vorbehalten, die sich das leisten können.

Aber nicht nur die Angst vor Eigentumsverlust liegt **Hohloch** auf dem Herzen. Auch die Äußerungen des Oberbürgermeisters auf dem SPD-Kreisparteitag Anfang Oktober beschäftigen ihn. In empörtem Tonfall fragte **Hohloch** den OB in der kleinen Anfrage 15/SVV/0750:
Außerdem erklärte er, der Islam gehöre zu Potsdam und man müsse etwaige Ängste in der Bevölkerung ernst nehmen und mit ihr umgehen, aber keinesfalls verstärken, wie es „einige Unverantwortliche tun“. […] Auf wen bezieht sich der Herr Oberbürgermeister, wenn er von „einigen Unverantwortlichen“ spricht und worin besteht deren „Unverantwortlichkeit“?

---

19 Marion Kaufmann: Brandenburg erwartet 24 000 Flüchtlinge, in: MAZ, 19.08.2015
20 15/SVV/0788
21 15/SVV/0783
22 15/SVV/0749; „Die Stadt fährt weiterhin auf Sicht … Dabei werden Enteignungen … nicht gänzlich ausgeschlossen.“ Dennis Hohloch, zitiert nach: Derzeit keine Beschlagnahme von Wohnungen, in: MAZ, 30.10.2015

Offenbar bezieht **Hohloch** diese Ausführungen auf sich und seine Partei. Denn auch im aktuellen Rathaus-Fenster greift er das Statement von **Jakobs** auf. Auch hier wird bemängelt, dass **Jakobs** nicht weiter ausführt, was er unter der Angleichung der ostdeutschen an die westdeutsche Realität versteht. **Hohloch** ist jedoch nicht so hilf- und ahnungslos, wie er tut. Denn er selbst stellt diese Äußerungen in einen bestimmten Kontext: Die aktuelle Zuwanderung von Menschen aus anderen Ländern. Es ist nie ein Geheimnis gewesen, dass westdeutsche Städte im Schnitt mehr Einwohner mit ausländischen Pässen haben, als ostdeutsche Städte. Will **Hohloch** nun skandalisieren, dass **Jakobs** dies weiß und feststellt, dass sich dieses Ungleichgewicht ein wenig ändert?, und das auch nicht schlimm zu finden scheint? **Hohloch** nimmt eine AfD-typische Bewertung vor, indem er mangelnde Klarheit auf Seiten des OB moniert: eben kein Mut zur Wahrheit. AfDler sehen sich selbst gern als die einzigen in der politischen Arena, die aussprechen, was wahr ist und was die schweigende Mehrheit denkt. Dabei übersieht **Hohloch**, dass jene, die keine Lust auf „westdeutsche Normalität“ haben, keine Ermutigung brauchen, um das unmissverständlich auszudrücken. Nicht umsonst brennt fast jeden Tag eine Flüchtlingsunterkunft in dieser Republik. Ebenso wenig schweigen jene, die mit Brandsätzen werfen: Facebook wimmelt vor Hassbotschaften. Und auf jeder Einwohnerversammlung, auf der über die Eröffnung einer Flüchtlingsunterkunft informiert wurde, tat der „besorgte Bürger“ seine Meinung kund.

Die Kolumne im Rathaus-Fenster zeigt darüber hinaus, welch schwierigen Balanceakt die AfD in der Stadt vollführen möchte: Sie will gemocht werden und als gleich anerkannt sein – deshalb wird bei gleichzeitiger Schelte der OB auch gelobt: *An seiner Ehrlichkeit und Integrität besteht kein Zweifel.* Trotzdem *lässt* der OB *die nötige Klarheit vermissen und verliert sich im gewohnt nebulösen „Politikersprech“.* Offensichtlich sitzt der Stachel, keine Antwort auf die oben genannte Anfrage bekommen zu haben, tief. Aber **Hohloch** selbst ist nur in Maßen ehrlich: Er möchte keine weiteren Flüchtlinge in Potsdam aufnehmen. Als Grund dafür nennt er die Kapazitäten der Unterbringung (15/SVV/0749), obwohl es doch eher Ablehnung von Unbekanntem sein dürfte, was ihn antreibt. Die AfD in der SVV hat keinen Mut, sich zu ihrer Ideologie der Ausgrenzung und Ungleichwertigkeit der Menschen zu bekennen. Die Landtagsfraktion ist da ehrlicher und demonstrierte am 23. September vor dem Landtag für geschlossene Grenzen und erbarmungslose Abschiebungen.

Ein anderes Problem der AfD in der SVV besteht darin, dass mit dem Bürgerbündnis eine deutlich größere Fraktion existiert, in der „einwanderungskritische“ Positionen einen Platz finden: Neben **Lothar Wellmann**, früher AfD-Fraktionsvorsitzender, sitzt **Carmen Klockow**, die sich nächtens nicht auf die Straße traut, wenn Männer aus anderen Ländern in der Nähe sind.[23]

DB

[23] **PNN: Vollendete Vorurteile, 15.10.2015**

◄ gesehen diesen Sommer in Potsdam-West: *FÜR JENE DIE FLÜCHTEN UND NIE ANKOMMEN*

KLEINE RECHENECKE

WARUM STEIGEN DIE ABFALLGEBÜHREN IN POTSDAM?

VON WOLFRAM MEYERHÖFER

Auf den Tischen der Stadtverordneten liegt derzeit die „Abfallgebührensatzung 2016“. Sie sieht erhebliche Steigerungen der Abfallgebühren vor. In Beispielrechnungen der Stadtverwaltung zeigen sich Steigerungen ungefähr zwischen 25 und 70 Prozent. Wer den Müll nicht direkt an die Straße stellt, der zahlt zum Teil mehr als das Dreieinhalbfache des bisherigen Preises (Steigerungen bis 276 Prozent).

In der Sitzung des Ausschusses für Finanzen im Oktober gab die Verwaltung kurzfristig einige Beispielrechnungen aus. Die zuständige Fachbereichsleiterin, Frau **Kluge**, behauptete, diese Beispielrechnungen gäben den Beleg dafür, dass

1.) die Gebührensteigerungen moderat seien und
2.) dass die Stadt Potsdam mit ihren Müllgebühren im Mittelfeld vergleichbarer Städte liege.

Erst nach der Sitzung war es möglich, die Beispielrechnungen zu prüfen. Dabei zeigte sich, dass die Aussagen von Frau **Kluge** sich im Bereich der Täuschung bewegten. So wird für einen Zwei-Personen-Haushalt und für eine Wohnanlage mit 100 Personen in einer jeweiligen „Variante B“ (die Frau **Kluge** argumentativ hervorhob) eine Steigerung von „nur“ etwa zwölf Prozent vermerkt. Erst bei genauer Betrachtung der Daten zeigt sich, dass die Annahme dabei ist, dass sich das Gesamtmüllaufkommen des Zwei-Personen-Haushalts um sechs Prozent, das Müllaufkommen der Wohnanlage um elf Prozent verringert hat. Nur wenn man also sein Müllaufkommen verringert, erreicht man, dass die Steigerung der Gebühren „nur“ zwölf Prozent beträgt.

Die Behauptung, Potsdam läge mit seinen Abfallgebühren im Mittelfeld, erweist sich als glatte Unwahrheit. Die Verwaltung legt Vergleichsdaten zu den Städten Brandenburg/Havel, Frankfurt/Oder, Rostock, Erfurt, Jena, Dresden und Magdeburg vor. Wiederum benötigt man mehr Konzentration als in einer Sitzung verfügbar, um zu erkennen, dass die Verwaltung die Daten manipulativ gedeutet hat. Es stellt sich nämlich heraus, dass in allen Städten (bis auf Jena), von denen behauptet wird, sie seien teurer als Potsdam, in der Müllgebühr die Gebühr für den Transport der Tonnen vom Grundstück zur Straße enthalten ist. In Potsdam wird dies aber künftig separat bezahlt. Vergleicht man die Gebühren entlang dieses Unterschiedes, dann ist Potsdam mit Erfurt die teuerste Stadt. Übrigens war Potsdam im Jahr 2009 in einem großen Städte-Vergleich noch die Stadt mit den geringsten Müllgebühren.

Warum ist der Potsdamer Müll mittlerweile so teuer?

Die Kalkulation der Abfallgebühren umfasst etwa 40 Seiten (eine Seitennummerierung kann die Potsdamer Verwaltung leider nicht erstellen) plus etwa 30 Seiten zugehöriger „Berichtsdokumentation“. Ich verfolge zwar als Mathematikdidaktiker den Ansatz *„Du kannst das verstehen – also trau dich, solchen Kram zu lesen, und gib dich dem Vergnügen des Durchschauens hin!“* – ich kann die Kalkulation aber trotzdem nicht zur Lektüre empfehlen, weil sie für politisches Handeln irrelevant ist: Es stellt sich heraus, dass aus der Kalkulation nicht hervorgeht, warum Potsdams Müll so teuer ist. Die Verwaltung vermeidet jede Information dazu. Es wird nicht mal angegeben, wie sich die Kosten von 2015 nach 2016 verändern.

Den Grund für die Müllverteuerung kann man so zusammenfassen: Der Müll ist so teuer, weil der zuständige Bereich der Verwaltung es nicht als seine Aufgabe ansieht, dafür zu sorgen, dass die Abfallgebühren niedrig sind – und weil die Stadtverordneten aller Fraktionen diese Haltung widerspruchslos hinnehmen. Hierzu sei ein Bericht aus dem Finanzausschuss gegeben:
In der ersten Lesung der Abfallgebührensatzung wurde die Satzung nur deswegen nicht einfach durchgewunken, weil der sachkundige Einwohner **Thomas Hinze** verlangt hatte, dass die Verwaltung bis zur nächsten Sitzung Alternativen der Bioabfallentsorgung untersucht. Dies hatte die Verwaltung bis zur nächsten Sitzung nicht getan, was kein einziger Stadtverordneter kritisierte. Meine Anmerkung, dass es bereits früher die Aufgabe der Verwaltung gewesen wäre, eine solche Untersuchung von Alternativen anzustellen, wurde vom Finanzbeigeordneten **Exner** und von der Fachbereichsleiterin **Kluge** mit der Mitteilung beantwortet, dass es keinesfalls Aufgabe der Verwaltung sei zu versuchen, die Müllgebühren niedrig zu halten. Auch diese erstaunliche Aussage wurde von allen Stadtverordneten hingenommen. Ebenso wurde die Kritik an den oben benannten Täuschungen der Verwaltung von keinem Stadtverordneten aufgenommen.

Wir haben es also im Finanzausschuss mit einer Kultur zu tun, in der die Stadtverordneten aller Fraktionen ihre Kontrollfunktion gegenüber der Verwaltung nicht wahrnehmen. Die Volksvertreter nehmen hin, dass die Verwaltung ihre Arbeit nicht tut, dass sie sogar ihre Arbeitsverpflichtung leugnet, dass sie täuscht und fehlinformiert. Stattdessen versucht man es mit Flickschusterei (die Linkspartei will die Biotonnen zweiwöchentlich statt wöchentlich leeren lassen) und Augenwischerei (die SPD-CDU-Grünen-Koalition will im September 2016 eine neue Kalkulation erstellen lassen).

Woher kommen nun aber die Kostensteigerungen konkret? Offenbar weiß die Verwaltung, dass die Volksvertreter in Potsdam ihre Aufgaben nicht wahrnehmen. So verweigerte Fachbereichsleiterin **Kluge** auch nach mehrfachen schriftlichen wie mündlichen Nachfragen meinerseits jede Aussage dazu, welche Kosten sich vom Jahr 2015 auf das Jahr 2016 in welchem Maße erhöhen. Auch diese Weigerung wurde von keinem Stadtverordneten kritisiert. Die Satzung wurde vom Finanzausschuss gebilligt.

Grob lässt sich immerhin Folgendes sagen: Die Stadt Potsdam hat mit der Firma STEP (die Firma gehört zu 51 Prozent der Stadt, zu 49 Prozent dem Müllkonzern *Remondis*) einen langlaufenden Vertrag. Entweder lässt dieser Vertrag zu, dass die STEP nach Belieben den Modus der Abfallentsorgung festlegt und der Stadt Potsdam dann die zugehörigen Preise diktiert (gepuffert wird dies durch einen *Betriebsprüfer,* der Grenzen der Selbstbedienung einzieht – siehe Information nächste Seite ►). Oder dieser Vertrag legt fest, dass die STEP gemeinsam mit der Stadtverwaltung den Modus der Abfallentsorgung festlegt und Preise verhandelt. Fachbereichsleiterin **Kluge** und Finanzbeigeordneter **Exner** verweigerten jede Aussage dazu, wie der Modus der Abfallentsorgung festlegt wird. Jedenfalls hat die Firma STEP der Stadt Potsdam für das Jahr 2016 mitgeteilt, dass sie erheblich mehr Geld für die Entsorgung des Abfalls haben will als bislang. Die Stadtverwaltung und die Stadtverordneten sehen ihre Aufgabe nun nur noch darin, diese Mehrkosten an die Bürger*innen weiterzureichen. In der 70-seitigen Kalkulation zur Abfallgebührensatzung geschieht nur dieses Weiterreichen. Im Sinne unserer Rubrik „Rechenecke“ hat man nach 70 Seiten Lektüre zwar viel gerechnet und auch manches gelernt, zum Beispiel dass

1.) der Biomüll teurer ist als der Restabfall, aber quersubventioniert wird, so dass die Biotonne für die Bürger*innen leicht billiger ist als die Restmülltonne.
2.) die Papiertonne zwar kostenlos aussieht, dass aber gar nicht der Verkaufspreis des Altpapiers dafür sorgt, der dafür zu niedrig ist. Wir zahlen unsere Altpapierentsorgung über die Grundgebühr.
3.) der Biomüll kein Wertstoff ist, sondern eine Art Dreck, der teuer entsorgt wird. Das Zeug wird kompostiert, kann dann aber nicht auf Felder mit Nahrungsmitteln kommen, sondern nur auf Felder, die mit Energiepflanzen bestellt werden.

Aber das Rechnen verhilft zu keiner Antwort auf die Frage, warum Potsdams Müll teurer wird. Es ist eine Kultur des Stillhaltens und des Duckmäusertums seitens der Potsdamer Stadtverordneten, und es ist eine Kultur der Verantwortungslosigkeit, der Einfallslosigkeit, sowie der Missachtung und Manipulation der Stadtverordneten seitens der Potsdamer Stadtverwaltung, welche die Abfallkosten in die Höhe treibt.

INFORMATION

Betriebsprüfer als Garanten einer fairen Abfallgebühr?

Im Allgemeinen schauen Betriebsprüfer, ob ein Unternehmen entlang der gesetzlichen Bestimmungen bilanziert. Bei der Bedarfskalkulation der STEP agieren jedoch spezielle Gutachter als Kontrollinstanz gegenüber der STEP. Sie prüfen die Kalkulation zur Entsorgung des Potsdamer Abfalls (auf die dann ein paar Prozent Gewinn für das Unternehmen draufgeschlagen werden) hinsichtlich ihrer Plausibilität und ihrer Passung zu gesetzlichen Kalkulationsvorgaben. So verhindern sie zwar, dass die STEP sich unerschöpflich selbst bereichert, überprüfen aber nicht, ob der Abfall auf den günstigsten Wegen beseitigt wird. Zudem werden die Prüfer vom Unternehmen selbst ausgesucht und bezahlt, arbeiten also tendenziell im Sinne des Unternehmens statt im Sinne der Stadt Potsdam als Kunde. Die aNDERE kritisiert, dass die Stadtverwaltung keine alternativen Wege der Entsorgung untersuchen lässt. Beispielsweise wurde eine Biomüllentsorgung mittels zentraler Sammlung oder mechanischer Separation aus dem Restmüll nicht untersucht.

WM

IMPRESSUM

Herausgeberin dieses Heftes ist die Wählergruppe DIE aNDERE

Potsdam / DEZEMBER 2015

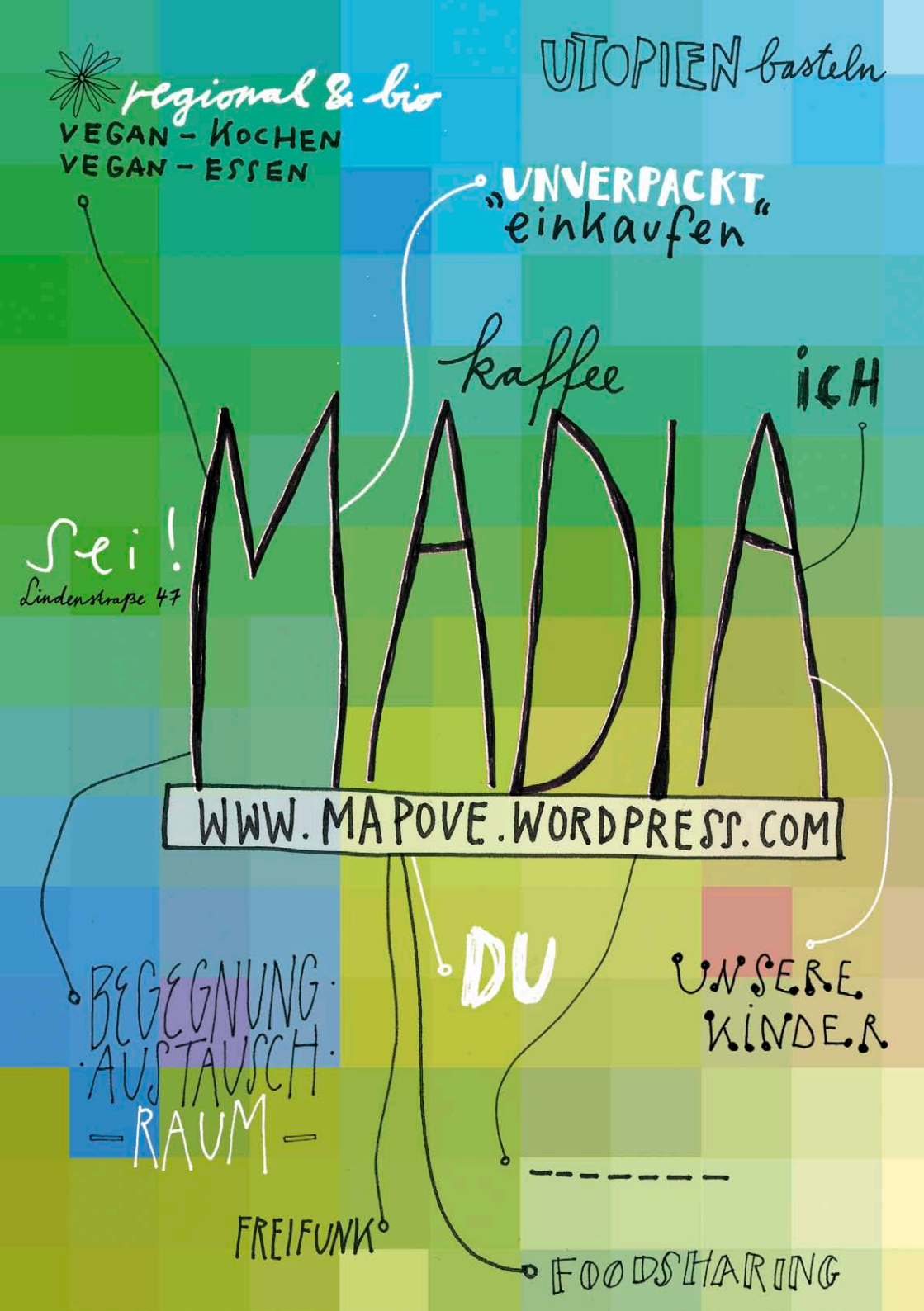
DIE aNDERE

V.i.S.d.P. **DIE aNDERE**
c/o JAN WENDT
Gutenbergstraße 60
14467 Potsdam

MAIL DIE.aNDERE.potsdam@web.de
WEB www.DIE-aNDERE.org
facebook.com/DIEaNDEREPotsdam

An diesem Heft haben mitgewirkt:
DINA BLOND, LUTZ BOEDE, VERA DOST, CARSTEN LINKE, WOLFRAM MEYERHÖFER, POLLY PIEL

Gestaltung:
MARCUS GROßE / INTERKRAFT@WEB.DE


regional & bio
VEGAN - KOCHEN
VEGAN - ESSEN
UTOPIEN basteln
„UNVERPACKT" einkaufen
kaffee
ICH
sei!
Lindenstraße 47
MAPOVE
WWW.MAPOVE.WORDPRESS.COM
DU
BEGEGNUNG · AUSTAUSCH · - RAUM -
UNSERE KINDER
FREIFUNK
FOODSHARING